

Volkstimme

Tageszeitung der Vereinigten sozialdemokratischen Partei.

Die „Volkstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: Redakteur Emil Müller, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfannenstiel & Co., Magdeburg, Große Märkstraße 3. — Fernsprech-Anschluss für Inserate Nr. 1567, für die Redaktion Nr. 1794, für den Verlag und die Druckerei Nr. 981. Postleitzahl 2. Poststaz. Seite 110.

Bezugspreis: Monatlich 5000 Mark. Beim Abholen vom Verlag und den Ausgabestellen monatlich 4800 Mark. Anzeigenabührer: Die 10spaltige Nonpareillezeile 500 Mark, auswärts 600 Mark, im Restanteil Zeile 1800 Mark, auswärts 2200 Mark. Vereinskalender Zeile 450 Mark. Anzeigenabdruck kostet verloren, wenn nicht binnen 10 Tagen Zahlung erfolgt. Postleitzahl: Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 135.

Magdeburg, Donnerstag den 14. Juni 1923.

34. Jahrgang.

Reichswehr und Republik.

Verhaftet — freigelassen — verhaftet.

In unverwüstlichem Optimismus hatten wir geglaubt, die Aushebung der Putschzentrale in der Reichswehr, des sogenannten Reichswehr-Block Roßbach, durch die Magdeburger Polizei würde zur Folge haben, daß die berausen Güter der Staatsautorität, Staatsanwaltschaft und Richter, ohne Bögern zusacken würden. Wir hegten sogar die Hoffnung, wenn auch nur eine sehr leise, die Kommandostellen der Reichswehr würden gegen die Roßbacher vorgehen.

Wir werden wieder einmal grausam enttäuscht. Als Verhafteten dem zuständigen Richter, Amtsgerichtsrat Dr. Rettich, vorgeführt wurden, sind sie alle entlassen worden. Auch die leitenden Köpfe des Roßbachblocks sind zu ihrem Truppenteil zurückgeführt, obgleich Rettich z. B. dem Richter gegenüber äußerte, ob auch der Staatsgerichtshof, das für diesen Fall zuständige Gericht, die Haftentlassung billigen werde.

Man braucht sich nur vorzustellen, daß etwa ein Bündnis von Reichswehrsoldaten sich gebildet hätte, um kommunistische Ideen im Heere zu pflegen, kommunistische Hundertschaften im Waffengebrauch zu unterrichten und gegen politisch unbequeme Leute eine Feinde zu bilden. Würden auch die Kommunisten entlassen worden sein?

Man durfte annehmen, daß jedem deutschen Richter bekannt ist, wie unheilvoll die utschöpferische Feme in bereits gewirkt haben. Es ist nicht das Verdienst der Roßbach und Riehl, wenn die Magdeburger Feme noch nicht in Tätigkeit trat, es ist nicht ihr Verdienst, wenn z. B. ein Lehrer R., der gegen den berüchtigten, vom Staatsgerichtshof vor kurzem verurteilten Hoffmann-Kutteck auftrat, nicht „besiegigt“ wurde, wie beschlossen war. Man sollte ferner annehmen, daß auch jeder Magdeburger Richter weiß, welch furchtbaren Dinge in dem Münchner Prozeß gegen Fuchs und Genossen aufgedeckt wurden und wie nahe der Gedanke liegt, daß auch im Reichsmehrblock Roßbach französische Frank rollen.

Die sofortige Haftentlassung ist um so unverständlicher, als bald darauf drei der führenden Köpfe, und zwar Riehl, Mehn und Haffendorf auf Grund eines Haftbefehls der Staatsanwaltschaft von neuem festgenommen werden mußten, und zwar wegen eines Briefes, dessen Absender ein Vertrauter Roßbachs ist.

Die Tatsache der Haftentlassung ist sehr reich in der ganzen Stadt bekannt geworden, zumal die Putschisten selbst dafür Sorge trugen. In einem öffentlichen Lokal feierten sie die so überraschend wieder gewonnene Freiheit, die Beche bezahlte der Fabrikant Moritz. In den Kreisen der Republikaner und der bedrohten Bürgerschaft ist darob eine starke Erregung entstanden, die gerade jetzt unbedingt hätte vermieden werden müssen.

Wie uns mitgeteilt wird, ist inzwischen von den Verwaltungsbehörden der Oberrechtsanwalt von der Sachlage unterrichtet worden, dessen sofortiges Eingreifen unbedingt notwendig ist.

Die „unpolitische“ Reichswehr.

Der „Vorwärts“ berichtet:

Die Ungeheuerlichkeit, mit der die nationalistischen Organisationen ihre Propaganda in der Reichswehr treiben, kennt schon keine Grenzen. So konnte man in der „Deutschen Zeitung“, der „Deutschen Tageszeitung“ und dem „Reichsboten“ unter der Rubrik „Veranstaltungen“ folgende Notiz lesen:

Der Preußenbund veranstaltet anlässlich seines zehnjährigen Gründungstags am Donnerstag den 14. Juni, abends 7 Uhr pünktlich, in Potsdam im Wirtshaus „Sanssouci“ eine Versammlung. Redner: Generalleutnant a. D. Rogge (Bernigode), Graf Westarp, R. d. R. Dr. Friedrich Ebert, Präsident: Heinrich von Boguslawski. Militärmusik: Die Märkte der alten Potsdamer Regimenter. Eintritt 1000 Mark, Soldaten frei. Ende 10 Uhr.

Es ist bekannt, daß das Reichswehrministerium die Rolle der „Entpolitisierung“ der Reichswehr zu einem Prinzip erhoben hat, das mit rigoroser Strenge stets angewendet wird, wenn es sich um links gerichtete Verbote, Vereine und Veranstaltungen handelt. Man hat sogar in einer skandalös mißbräuchlichen Anwendung dieses Prinzipes den Begriff „republikanisch“ zu einer politischen Angelegenheit zu stampfen versucht, um die Reichswehr vor republikanischer Propaganda zu schützen...

Wenn aber ein so ausgeprägt nationalistisch-konservatives Gebilde wie der „Preußenbund“ Gründungsfeiern veranstaltet und der erzreaktionäre Graf Westarp, der Verbindungsmann zwischen Deutschnationalen und Deutschwölfchen, dort als Redner auftritt, dann wird ihm nicht nur eine Militärmusik zur Verfügung gestellt, sondern es werden außerdem die Reichswehrsoldaten durch freien Eintritt zur Teilnahme an der Veranstaltung angelockt.

Es ist jedenfalls symptomatisch dafür, wie sicher sich die reaktionären Treiber inner- und außerhalb der Reichswehr fühlen, wenn sie es heute wagen, mit solchen Ankündigungen öffentlich aufzutreten. Hier hat der Reichswehrminister Gelegenheit, zu zeigen, ob er sich und die Republik ungestrahlt narren läßt. Herr Gekler hat die Verantwortung für den Kurs der „Entpolitisierung“ der Reichswehr übernommen, wenn sie es heute wagen, mit solchen Ankündigungen Angehörigen der Reichswehr der Besuch politischer Veranstaltungen verboten ist, er hat also die Pflicht, nicht nur die Beteiligung von Reichswehrsoldaten an der Westarp-Feier des Preußenbundes zu untersagen und zu verhindern, sondern auch darüber hinaus gegen alle Reichswehrstellen einzuschreiten, die sei es durch Zusage der Militärmusik, sei es durch Propaganda für diese Veranstaltung oder auf irgendeine andre Art an der geplanten Teilnahme von Reichswehrsoldaten „offiziell“ oder „inoffiziell“ mitgewirkt haben.

Wir zweifeln nicht daran, daß die zur Rechenschaft gezogenen Herren, wie es in solchen Fällen üblich ist, sehr erstaunt und so tun werden, als hätten sie gemeint, es handle sich um eine unpolitische Veranstaltung. Nun, obwohl wir auch der Auffassung sind, daß die Westarp und Genossen gänzlich unpolitische Köpfe sind und daß sich die Besucher solcher Veranstaltungen zumeist aus politischen Analphabeten rütteln, die man mit dem blödesten Phrasenschwall leicht begeistern kann, so erwarten wir vom Reichswehrministerium, daß es unverzüglich und öffentlich mitteilen wird, welche Schritte es in dieser Angelegenheit unternommen hat. Denn wir sind nicht gewillt, uns narren zu lassen! —

Waffenfunde in Templin.

Durch die Aufmerksamkeit einiger Parteigenossen ist es gelungen bei einem Fabrikanten in Templin ein Lager von Waffen, Munition und militärischen Ausrüstungsstücken zu entdecken. Beschlagnahmt wurden u. a.: ein Maschinengewehr, 48 Infanteriegewehre, Zubehörteile zu Maschinengewehren, 13 Kisten Munition, 14 Kisten gegurtete Munition für M. G. Zielfahrten, 192 Stahlhelme, Hosenträger, Mantel usw.

Nach zuverlässigen Nachrichten sind in und um Templin noch andre Waffenlager verborgen.

Das erste Echo.

Dem „Vorwärts“ sind unsere Mitteilungen zugegangen, die er in vollem Umfang wiedergegeben hat. Die Redaktion fügte hinzu:

Soweit unser Magdeburger Berichterstatter. Wäre uns nicht seine Zuverlässigkeit bekannt und wären nicht seine Angaben durch Dokumente belegt, so müßte man das Ganze für einen guten Spuk halten. Man hat leider schon manches erlebt, was man für unmöglich halten sollte — aber daß ein Mann, der wegen schwerster Verbrechen gegen den Staat verhaftet ist, aus dem Untersuchungsgefängnis heraus Putschläne schwören kann, daß Angehörige der Reichswehr diese Pläne unterstützen und den Untersuchungsgefangenen als ihren Führer anerkennen können, das übersteigt alle Grenzen der Phantasie.

Wo so viel Schatten ist, wird man gerechterweise auch die einzige lichte Seite dieser Affäre nicht übersehen dürfen. Die Anwesenheit von Sozialdemokraten in der preußischen Regierung und das Vorhandensein einiger Sozialdemokraten auch in der provinzialen Staatsverwaltung hat die Aufdeckung dieser Verbreitung ermöglicht und die Mittel bereitgestellt, um sie unschädlich zu machen. Schwer erschüttert jedoch ist das Vertrauen zur Reichsregierung, da es möglich war, daß sich in der Reichswehr solche abenteuerliche Zustände entwickeln könnten.

Ihre Befreiung im Reichstag ist unerlässlich geworden. Von der Reichsregierung und von der Mehrheit des Reichstags ist zu erwarten, daß ihnen nun endlich die Augen geöffnet sein werden und daß sie nun erkennen, wohin der Weg führen muß, wenn man die Zügel weiter am Boden schleifen läßt. Selbst Herr Helfferich hat

zu Beginn des Ruhreinmarsches im Namen seiner Partei die berühmte Erklärung abgegeben: „Wir verteidigen den Staat, wie er ist.“ Wäre diese Erklärung nicht bloß Scheuellei, so müßten sogar auch die Deutschnationalen entschlossen hinter die Behörden treten, die ihre Unzufriedenheit und ihren Eifer daran wenden, Deutschland vor der Panne Verstörung durch Wahnsinnige und Verbrecher zu retten. Statt dessen haben wir die willste Hecke gegen Gering erlegt. Warum dieser Mann weg sollte, das sieht man jetzt.

Die Reichsregierung möge noch eins bedenken: Wer das Vertrauen zur Feigheit unserer Staatsordnung und diese selbst untergräbt, der arbeitet den französischen Imperialisten in die Hände. Fuchs und Madchau haben das gewußt, ob Roßbach und seine Mitverantwortlichen das auch wissen, ist ganz gleichgültig, denn es ändert nichts an dem Ergebnis.

Die Aushebung des Magdeburger Verschwörerfestes hat die Größe der Gefahr gezeigt, sie ist aber auch ein Zeichen des Willens, dieser Gefahr Herr zu werden. In diesem Willen müssen sich die Regierungen des Reiches und der Staaten mit den Massen des Volkes vereinigen. Zeigt sich ein Glied dieser Kette schwach, dann weiß man freilich nicht, was noch kommen kann. —

Die französisch-englische Spannung.

Die englische Regierung ist dem Verslangen Frankreichs, vor Beginn von Verhandlungen eine gemeinsame Note an Deutschland zu richten, in der das Aufgeben des passiven Widerstandes gefordert wird, vorausgesetzt nicht beigetreten. Die Gründe, die für diese Haltung ausschlaggebend waren, sind in der Tat nicht stichhaltig. Es besteht die Gefahr, daß ein erzwungener Verzicht auf den passiven Widerstand zu einer Erhebung der nationalistischen Kreise führt, die sich zum Bürgerkrieg auswirken kann. Weil wir diese Gefahr von vorhersein geschenkt haben, anderseits aber auch den entschlossenen Willen der französischen Regierung, von ihrer Forderung nicht abzuweichen, in Rechnung stellen, ist von uns eine Verständigungspolitik über die Frage des passiven Widerstandes durch einen Waffenstillstand auf Gegenseitigkeit vertreten worden.

Es gibt Leute in Deutschland, die sich über die Meinungsverschiedenheiten in England und Frankreich freuen, von ihr die Rettung des Reiches und was ihnen besonders am Herzen liegt, die Wahrung des Prestiges der gegenwärtigen Regierung erwarten. Wir gehören nicht zu diesen Oberflächlichen, die aus dem Beifall der englischen Regierung Sympathien für Deutschland folgern. Aus der Begründung, die dem Hinweis, daß ein sofortiger Verzicht auf den passiven Widerstand unpraktisch ist, beigefügt wird, ergibt sich, daß auch England bereit ist, eine ähnliche Forderung wie Frankreich an Deutschland zu stellen, es aber als Voraussetzung einer Sachverständigenkonferenz fordert, die ausschließlich von den Alliierten einberufen werden und sich zunächst über die Frage der interalliierten Schulden und der Sicherheiten einigen soll.

Mit den Sympathien für uns ist es also nicht weit her. Englands Handeln ist diktiert von der Sicherung seiner eigenen Macht gegenüber den Hegemoniebestrebungen der französischen Politik, während Frankreich seine Bestrebungen unter teilweise Wahrung des Prestiges durchzusetzen versucht. Man darf die Ausschüttungen der englischen Regierung und Frankreichs nicht von dem Standpunkt aus betrachten, als handle es sich ausschließlich um die Regelung der Frage des Waffenstillstands. Hinter den Handlungen der beiden Mächte verbirgt sich mehr. Das ist das Ringen des einen um die Vormachtstellung in Europa und der Versuch des andern, das Gleichgewicht in Europa für die Zukunft zu sichern.

Vorläufig glaubt man in den alliierten Ländern immer noch an ein gemeinsames Vorgehen der Entente-Staaten. Das haben auch wir zu wünschen. Denn was würde werden, wenn die Auffassung der englischen Regierung mit der Haltung Poincarés, der an dem Verzicht auf den passiven Widerstand festhält, nicht auf eine Linie zu bringen ist? Das offene Zertwürfnis wäre sicherlich erst in letzter Linie zu erwarten. Viel mehr Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß Frankreich und Belgien dann erneut selbstständig vorgehen, ihren Druck auf die Bevölkerung des Muttergebiets verschärfen und die Kapitulation erzwingen. Nur Katastrophenpolitiker können daran einen Gefallen finden. Die Folgen verschärf-

Der Freitag brachte die Vernehmung des Zeugen Hofrat Wigis. Dieser Führer des „bürgerlichen Ordnungsbüros“ bestätigte in vollem Umfang, daß die vier Hauptbefreiungszeugen (Mahr, Friedmann, Kautter, Schäfer) ihre eingehenden Beziehungen zu Fuchs-Machnau nur im Interesse der Aufrechterhaltung dieses Hochverrats gepflogen haben. Es sei ganz ausgeschlossen, daß sie daran gedacht hätten, bei einem eventuellen Enderfolg des Hochverrats sich an den Erfolg zu beteiligen. Zwei Studenten und Mitglieder des Blücher-Bundes belogen den Angeklagten Oberleutnant Berger als Draufgänger, der allein loszuschlagen wolle, was dieser bestreitet.

Profit-Nationalisten.

Der Reichstag beendete am Dienstag die zweite Lesung des Knapp-Gesetzes und nahm das Gesetz nach kurzer Debatte auch in dritter Lesung an. Für die Deutschnationalen machte Abg. Leopold zahlreiche Ausstellungen an dem Gesetz, das ihm sozialpolitisch über das Notwendige hinausgehe. Er wendet sich vor allem gegen die zu weit gehenden Rentenleistungen und tritt für Erbschaftsauflagen ein. Auch verlangt er die Beibehaltung der Aufrechnung von Rentenbezügen. Der Kommunist Malachan nahm für seine Partei, die im Ausschub Anträge überhaupt nicht gestellt hatte, im Plenum mehrere der sozialdemokratischen Ausstellungsräte an.

Wenn das fertige Gesetz auch unser Ansprüche nicht voll genügt und wir nicht alles durchsetzen können, so bedeutet es doch einen wesentlichen Fortschritt für die Bergarbeiter. Die deutsch-nationalen Anträge, die eine Verschlechterung bedeuten, wurden fast durchweg abgelehnt. Bei der Endabstimmung über das Gesetz spaltete sich die deutsch-nationale Fraktion. Hergt, Helferich, Leopold, Westarp und die meisten andern Deutschnationalen stimmten gegen das Knapp-Gesetz. — Am Mittwoch zweite Beratung des Gesetzentwurfs zur Bekämpfung der Geschlechtsunterschiede.

Steuerprobleme.

Der Preußische Landtag nahm am Dienstag zunächst einen Gesetzentwurf an, der den zuständigen Minister ermächtigt, zur Sicherung der Verwaltung der Provinzialverwände für die Dauer seindlicher Besetzung die Zuständigkeit des Provinziallandtags dem Provinzialausschuß zu übertragen. Nach Bereitstellung von 2,6 Milliarden statt 500 Millionen zur Gestaltung des Kraftmarkts in Döberen und des Lippestaats in Hamm ging das Haus an die Fortführung der Beratung des Haushalts der Finanzverwaltung.

Abg. Leidig (Dl. Vp.) und Höpker (Dem.) legten den Standpunkt ihrer Fraktion dar, worauf Finanzminister Dr. von Richter das Wort ergriff. Trotzdem die Länder geblich sind, hat man die Finanzverhältnisse auf den Einheitsstaat zugeschriften. Wir brauchen eine organische Neuordnung des Verhältnisses zwischen Reich, Ländern und Gemeinden. Die Neuordnung darf allerdings nicht auf politische Kosten des Reiches geschehen. Das Reich muß in der Lage bleiben, die übernommenen Aufgaben zu erfüllen. Man kann nicht zurückkehren zu dem alten steuerlichen Dogma: die direkten Steuern den Bundesstaaten, die indirekten dem Reich! Doch wird es sehr gut möglich sein, daß die Einkommen- und Körperverdienste Steuern den Ländern überwiesen wird. Außerdem fordert König Albrecht die neue Finanztheorie der Deutschen Nationalen ab, das heißt die Besiedlung der „Zellen“, d.h. der Gemeinden, erfolgt sein müsse, wenn der Organismus der Staat finanziell aufzufinden ist. Außerdem erhob er finanzpolitisches Bedenken, der Reichsfinanzen den Gastein der Einkommenssteuer auszubrechen.

Hieraus wurde der Staat der allgemeinen Finanzverwaltung in zweiter Beratung angenommen. Ein Antrag unserer Genossen, die Staatsbetriebe unter Aufrechterhaltung ihres öffentlichen Charakters wirtschaftlich selbständigen Verwaltungskörpern zu unterstellen und mehr nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu verwalten, wurde abgelehnt. Nächste Sitzung: Mittwoch 12 Uhr.

Gegen die Raubgelüste der Industriellen.

Der Bezirksbetriebsrat der Reichseisenbahn-Direktion Magdeburg hat sich am 5. Juni mit dem „Angebot“ der Industrie an die Reichsregierung beschäftigt. Einstimig wurde folgende Entschließung angenommen:

Die am 5. Juni d. J. laufende Sitzung der Bezirksbetriebsräte der R.E.D. Magdeburg haben sich eingehend mit dem Inhalt des

wirtschaftspolitischen Schreibens der Industrie vom 25. Mai 1923 an den Reichstagler beschäftigt und zu dem Angebot Stellung genommen. Die Mitglieder des Bezirksbetriebsrats „bewundern“ den kühnigen Mut der Industriellen zur Selbstbereicherung und Machtweiterleitung, den sie just in einer Zeit aufgebracht haben, wo die arbeitende Bevölkerung, überpackt mit Leid und Beschwerden, alles baranstrebt, um den zum großen Teile durch die Industriellen selbst mit verschuldeten Niederbruch der Wirtschaft aufzuhalten. Um nur zu den die Eisenbahner interessierenden Fragen Stellung zu nehmen, begnügen sich die Bezirksbetriebsräte mit der Herabsetzung einiger Punkte des Industrieanspruchs.

Mit besonderer Entrüstung wird der abermalige Versuch des Großkapitals, seine Hände nach dem Besitz der Reichsbahnen auszustrecken als ein Begehr zu verschieben, dessen Erfüllung unter allen Umständen, möge es kosten was es wolle, verhindert werden müssen.

In der fundgegebenen Absicht, den Achtstundenstag zur Ausnahme werden zu lassen, erblicken die Bezirksbetriebsräte einen Angriff auf eins der heiligsten Güter der Arbeiterschaft; sie rufen daher allen Eisenbahnherrn, Beamten und Arbeitern zu: Eisenbahner, vereint euch noch enger als bisher und kämpft unentwegt für die Erhaltung des Achtstundentags! Die Forderung der Aufhebung der Demobilisierungsvorschriften verbunden mit dem Wunsche der Entlastung der Wirtschaft von unproduktiven Löhnen ist ein Generalangriff auf die Betriebsräte und die Schwerriegelschädigten. Ein Verlangen nach einem Freibrief für ein uneingestrafftes, willkürliches Entlassungsrecht. Auch hier gibt es für die berufenen Vertreter der Eisenbahner nur das Entgegenziehen eines glatten Nein. Kein Verhandeln und kein Konsilieren. Die Tendenz des Industriekreises spielt in der Absicht der Abwälzung aller Lasten auf die arbeitende Bevölkerung und läuft auf den Verlust hinaus, die gewerkschaftliche Macht zu untergraben, um wieder alleiniger Herr im Hause zu sein.

In Kenntnis dieser Gefahren rufen die Bezirksbetriebsräte allen Eisenbahnherrn zu: Schafft Auflösungen unter allen über die drohenden Gefahren und baut euch auf gegen das, was man glaubt euch zuzutun zu dürfen!

Von der Verwaltung erwartet die Unterzeichneten im Interesse der Aufrechterhaltung eines guten Einvernehmen zwischen Verwaltung und der Eisenbahnerherrschaft und zur Verhütung von ernstlichen Erfüllungen des Betriebs und zur Förderung einer geistigerten Wirtschaftlichkeit, welches alles zu erreichen, gleich wie zum gesetzlichen Pflichtentwurf der Betriebsräte auch zu den Pflichten der Verwaltung gehört, daß die R.E.D. durch eine rücksichtlose unzweckmäßige Erklärung einen gleichen Standpunkt wie die Bezirksbetriebsräte befindet und daß sie sich bereit erklärt, unter Einsicht aller Macht ihres Einflusses und ihres Ansehens Schnitter an Schnitter mit der Gesamtbedienstetenchaft der Reichsbahnen gegen die Angriffe der Industrie auf den B.Z. der Reichsbahnen zu kämpfen.

Dollar Amtliche Notiz vom Dienstag 8.2.260 Mittwoch mittag circa 98750 Mark

Notizen.

Goldrechnung in der Textilindustrie. Im Textilgewerbe breite sich die Goldrechnung immer mehr aus. Der Verband Deutscher Herrenwässerfabrikanten e. V. hat, wie der „Konfektionär“ erfährt, folgende neue Verkaufs- und Lieferungsbedingungen beschlossen: Der Verkaufspreis wird bei Auftragerteilung in Dollar anrechnet und auf der Rechnung vermerkt, wieviel Mark der Rechnungsbolldarbetrag gemäß dem amtlichen Berliner Briefkurs am Vorlage der Rechnungsausstellung ausmacht. In reiner Papiermark wird der Verkaufspreis ausbedungen ausschließlich für den Fall, daß der ganze Betrag, den die Bestellung ausmacht, bei Bestellerteilung bar oder mittels des diafotfähigen Wechsels bezahlt wird. Das Ziel beträgt 7 Kalenderstage vom Rechnungsdatum. Nach dem 7. bis 21. Tage wird eine inzwischen eingetretene Geldentwertung mit 80 Prozent dem Käufer in Rechnung gestellt. Nach dem 21. Tage ist der Dollarrechnungsbetrag nach dem Kurse vom Vorabend des Zahlungstages zu zahlen. An eine Bezahlung der Arbeiter und Angestellten nach Dollarsatz denkt die Unternehmer aber nicht. Die Goldrechnung darf nur den notleidenden Fabrikanten zugute kommen.

Goldlöhne — für Aufsichtsräte. Die fortwährende Geldentwertung hat dazu geführt, die Aufsichtsräte in Waren abzutun. So hat die A.-G. Mix u. Genest den Wechsel geschafft, die feste Vergütung für den Aufsichtsrat auf 300 Kilogramm an Kupfer jährlich „zahlbar in natura oder bar“ festzusetzen. Das macht bei heutigem Preisstande die runde Summe von mehr als 8 Millionen Mark für eine Tätigkeit, die bei manchen Aufsichtsräten nur aus einigen Uberschriften besteht. Der Aufsichtsratsvorstand erhält 600 Kilogramm Kupfer. — Kürzlich wurde in der Aktiengesellschaft für Petroleumindustrie (Apir) beschlossen, den Aufsichtsräten eine Vergütung von 100 Kilogramm in Benz in über deren Gegenwert zu gewähren. Praktisch laufen diese Naturals bezüge auf eine Art Goldentlohnung der Aufsichtsräte hinaus.

Wann wird das Reich von diesen glücklichen Aussichtsräten und den Sachverständigen im allgemeinen auch Goldstücke erhalten und dazu kommen, auch den Arbeitern, Angestellten und Beamten eine wertvolle Löhne zu verschaffen? —

Löhne für den mitteldeutschen Bergbau. Der vom Arbeitsminister eingezogene Schlichtungsausschuß fällt am Dienstag 15. Juni eine Lohnhöhung je Schicht um durchschnittlich 13.000 Mark einheitlich des Haushalte- und Kindergeldes, das sind etwa 57 Prozent, vor.

Überzeichnung auch der 3. Preußischen Kalte- Die Zeichnung auf die 3. Ausgabe der 3. Preußischen Kalte-anleihe von 1923 erzielte schon am 2. Februar 1924 eine so starke Überzeichnung, daß sich das Bankkonsortium veranlaßt sah, die Ausgabe zu schließen.

Die Immunität der Abgeordneten. Der Geschäftsordnungsausschuß des Reichstags hat infolge der Reichswahlen von Reichstagsmitgliedern aus verschiedenen Parteien die Frage geprüft, ob in der Hansaburg bei Abgeordneten und in der Reichslagernahme von Schriftstücken dabei eine Verletzung der Immunität zu erwarten sei. Der Ausschluß kam zu der Entscheidung, daß Hansaburg nicht zu überwinden sei, da die Wohnungen durch die Immunität nicht geschützt seien, daß aber von der Hansaburg in jedem Schriftstück, auch von solchen, die dem Abgeordneten von dritten übergeben worden sind, Abstand zu nehmen sei, wenn der Abgeordnete erklärt, daß er die Schriftstücke als vertraulich behandeln wolle. Diese einfache Erklärung des Abgeordneten sei rechtsgültig und müsse dem Beamten genügen, um die Reichslagernahme zu unterlassen; andernfalls würde durch die Reichslagernahme solcher Schriftstücke die Immunität verlegt werden.

Höllein als Geisel. Der kommunistische Reichstagsabgeordnete Höllein sollte in diesen Tagen in Paris in Freiheit gestellt und über die Grenze geschafft werden. Während für die bisherige Verzögerung dieser Maßnahme nach dem Pariser „Malin“ allein gerichtliche Formalitäten verantwortlich gemacht wurden, glaubt das Blatt jetzt zu wissen, daß insofern habe, den Abgeordneten Höllein bis auf weiteres festzuhalten.

Depeschen.

Arbeit für die französischen Kapitalisten.

Wb. Paris, 13. Juni. Nach dem „Petit Parisien“ ist die Lage folgende: Die englische Regierung scheint sehr zu wünschen, ihren Alliierten nichts zu antworten, was die Tür für spätere Verhandlungen schließen könnte. Anderseits erklärt sie es aber nicht unmöglich, daß sie eine Diskussion von der französischen Regierung mitteilenden Grund an zu stimmen.

Man weiß, daß es der von Frankreich ausgesprochene Willen sei keine interalliierten Verhandlungen über die Reparationsfrage zu führen, wenn sich England nicht vorher bemühe, den passiven Widerstand Deutschlands einzustellen zu lassen. Andererseits habe die sehr umfangreiche Note Frankreichs festgestellt, es genüge nicht, daß Deutschland die gegen die Alliierten seit der Ruhrbesetzung erlassenen Ordonnanz zu erkennen. Es sei auch notwendig, daß Deutschland sich allen von den Alliierten getroffenen Maßnahmen bange und daß es sich zur Ausbeutung der wirtschaftlichen Ränder herzebe, die in dem französischen Memorandum vom 2. Januar ausgeführt seien. Mit einem Worte, Frankreich verlange, daß der passive Widerstand erledigt werde durch positive Mitarbeit gemäß dem Plane, den England noch nicht genehmigt habe.

Es scheine, daß man in London, bevor man sich festlegen wolle, die Verhandlung nicht nur über die verschiedenen Einzelfragen, sondern über alle Fragen, die mit der Reparationsfrage in Verbindung stehen, mit Frankreich eröffnen wolle. Da die belgische Regierung in London gemäß den in Brüssel getroffenen Weißlüssen ihre eigenen Gedanken über dieses Problem zur Kenntnis gebracht habe, wäre es nicht überfrachtig, wenn man englischerseits vorwählen würde, diese belgischen Dokumente als Ausgangspunkt des Meinungsaustausches zu nehmen.

Zu London werde also eine wichtige Anstrengung gemacht, um zwischen den noch sehr weit voneinander entfernten Standpunkten der drei Regierungen ein Terrain der Begegnung auf halbem Wege zu finden.

Neue Sitzung des englischen Ministeriums.

Wb. London, 13. Juni. Dem politischen Berichterstatter der „Times“ zufolge ist es wahrscheinlich, daß eine weitere Sitzung des britischen Kabinetts zur Erörterung des deutschen Reparationsmordans um einstehen wird. Es werde allgemein angenommen, daß die diplomatischen Erörterungen, die seit der Übereinkunft des deutschen Memorandums im Gange sind, gestern fortgesetzt wurden. Die britische Regierung sei aufrichtig bestrebt, nichts ungeheuer zu lassen, wodurch die Alliierten inkompetent werden könnten, eine gemeinsame Antwort auf das legitime deutsche Angebot zu erzielen. Die Schwierigkeiten auf dem Wege der Verwirklichung eines solchen Gedankens werden voll zugegeben. In Regierungskreisen glaubt man jedoch, daß die Hindernisse nicht unüberwindlich seien.

200000 Mk. Belohnung.

In der Nacht vom 11. zum 12. d. M. gegen 3 Uhr früh ist verucht worden, vom Hof aus mein Radentlast einzudringen. Der Einbrecher muß sich beim Territorium der Sofenfertigstelle versteckt haben, weil sich erhebliche Überwachungen am Eingang befinden. Obige Belohnung — über einen Teil davon — erhält wer sachliche Angaben machen kann, die zur Verhaftung des Einbrechers führen. 1923

Louis Rauch
Schönebecker Straße 103.

Standesamt-Nachrichten.

Magdeburg-Altestadt.

Todesfälle, 11. Juni: Fleischermesser Rudolf Sieg, 14 J. Von Kornmarkt, 71 S. Todesgeburten: Knabe des Arbeiters Hermann Allesleben aus Sülfeld. Aloisius, Sohn des Kriminalbeamten Bruno Gräfsmacher aus Berlin, 8 J. Günther, Sohn des Landwirts Willi Sperl aus Felgelen, 1 J. Eisdorff, 16 J. Privatmann Karl Heilmann, 19 J. Todesfälle, geb. Kutsch, 65 J. Gerhard, Sohn des Arbeiters Otto Rudolph, 4 J. Kaufmann Julius Anna, 81 J. Handlungsbüro Georg Rund, 24 J. Förster Paul Meierhoff, 32 J.

Magdeburg-Reinhardt.

Todesfälle, 12. Juni: Anna, E. des Arztes Bernd, 23 J. Margarete, E. des Arbeiters Hans Gundt, 3 J.

Am Dienstag früh 1923 starb nach langem, schwerem Leiden mein lieber Mann und guter Vater, unser lieber Schwiegervater, Bruder und Schwager, der former 1924

Paul Meierhoff im Alter von 32 Jahren.

Magdeburg, 12. Juni: Anna, E. des Arztes Bernd, 23 J. Margarete, E. des Arbeiters Hans Gundt, 3 J.

Die Beerdigung findet am Freitag,

15. Juni, nach 2 Uhr, von der Friedhofs aus statt.

Witwe Meta Meierhoff nebst Angehörigen.

Die Beerdigung findet am Freitag,

15. Juni, nach 2 Uhr, von der Friedhofs aus statt.

Der Tagblatt.

Kaninfelle roh und gegerbt, kanst

Kürschnerrei Jordan

Olvenstedter Str. 64. Telefon 9398

Diebstahl zweier Magnete!

500 000 Mark Belohnung

zahlt wer demjenigen, der die Spuren der Entwürfe auf zwei Magnete des Motorflügels zu nachweist, daß dieselben wieder in unsere Werkstätten gelangten. Berichtswenigkeit zugestanden.

Rittergut Sommerschenburg.

Charleville

Dunkle Punkte aus dem Etappenleben
Billig! 1000 Mr. Billig!

Buchhandlung Volksstimme.

Bekanntmachung.

Entscheid der städtischen Körperschaften sollen die Realien (Stadt-, Gebäude-, Gewerbe-, Beteiligung) für 1923 vorläufig in der Höhe des Jahres 1922 zuzüglich der Nachverbesserung erhoben werden.

Die Steueraufschüttungen werden erhebt, die fälligen Steuern für das 1. Quartal bis zum 1. Juni zu entrichten. Steuererstattung für 1922 ist bei der Zahlung vorzulegen. Rüttung erfolgt bei diesem.

Ge. Salze, 13. 4. 1923. Ortssteuerkasse.

Bekanntmachung.

Die Ausgabe des 13. Juni d. J. erfolgt am Freitag, den 15. J. vormittags 10 Uhr. Die Aussteller bleiben jedoch, das für den 15. J. fest der Friedensmarkt, 1. Stock, Friedstraße 3, anstelle des verbotenen Stalls steht, die Brotmarktentfernung übernommen hat.

Burg, den 11. Juni 1923.

Der Tagblatt.

Kleine Anzeigen

Meine Verlobung

mit Gräfin Paula Lange erstäre ich mir meinerseits für 1035

aufgehoben.

Karl Gens, Rothensee

Geld

jeod. Höhe ausgleichs... auch gegen

Wiss-Sicherheit.

R. Rödel, 162

Schuhbrücke 10, 1. Et.,

Eingang Schuhgasse.

Sprech. 9-7, Tel. 4748.

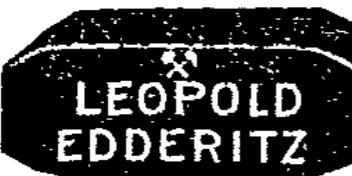
Sonnt

„Glückauf“

Kohlenhandelsgesellschaft

Telephon 604 **Magdeburg** Telephon 2017

Alleinvertrieb der erstklassigen Briketts



sowie Lieferung sämtlicher Brennmaterialien.

Eintragungen in die Kundenlisten erbitten wir

Kundenlisten liegen aus:

Hauptkontor und Lager: **Fürstenauer 24**

Lager: **Wittenberger Strasse 18c**

Lager: **Fichtestrasse 4**

Auf Wunsch holen wir die Kohlenkarten ab.

Güte

Sacklumpen aller Art,
Emballagen, Packleinern,
Planen, Zelte usw. usw.
taufen laufend
Gut- und Planfabrik
St. Michaelstr. 21a. Tel. 3397.

Gebr. Rosenbaum

Essen Sie Seefische!

Seefische haben hohen Nährwert!
Täglich Eingang frischer Sendungen!
Große Auswahl in
Räucherwaren u. Fischkonserven
aller Art

Magdeburger Fischhallen
der Deutschen Seefischhandels-A.-G.
Alte Ulrichstraße 13. Breiteweg 29/30.

Lu- u. Bertau

von eleganter

Damen-

Garderobe

Kuhn

Steinstraße 5, I. R.

Gesucht

50 Damen-fahrräder

20 Herren-fahrräder

ausser Stahlernen: De-

len bis 500 000

Zwei, drei Rad-Speichen

Stahlketten

Stahlräder

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 13. Juni 1923.

Maden am Staatskörper.

Trübe Erinnerungen aus der ersten Nachkriegszeit, da ein gewissenloses Gesichter dem zusammengebrochenen Staat die letzten Fäuste auszog, weist ein Prozeß, der gegenwärtig vor der Strafkammer des Landgerichts Magdeburg ausgetragen wird.

Unter der Anklage, im Jahre 1919 aus dem Artilleriedepot in Gericowisch acht Waggons Messingkartuschen verschoben zu haben und der Hölzerne stehen: 1. der Kaufmann Keil, ehemals Schreiber im Artilleriedepot Gericowisch; 2. der Monteur Leps; 3. der Kaufmann Schulz, alleiniger Inhaber der Firma Stooff u. Tag; 4. der Kaufmann Salzmann, weitland kaufmännischer Leiter der Firma Stooff u. Tag.

Das Verfahren hat seinen Vorspann. Bereits im Juli 1921 verhandelte die Magdeburger Strafkammer in dieser Angelegenheit und verurteilte Keil und Leps wegen Hölzerne zu je 6 Monaten Gefängnis, die Kaufleute Schulz und Salzmann zu je 9 Monaten Gefängnis. Seinerzeit war noch der ehemalige Magazinverwalter der Firma R. Wolf (Buckau) angeklagt, dem ebenfalls 9 Monate Gefängnis zugeschlagen wurden. Während sich leichter bei dem Urteil beruhigte, haben Keil, Leps, Schulz und Salzmann Berufung dagegen eingezogen. Aber nicht aus den Berufungsgründen heraus, sondern wegen einiger Formfehler in den ersten Verfahren bewies das Reichsgericht die Sache an die erste Instanz zurück.

Ein großer Zeugen-, Sachverständigen- und Verteidigerapparat ist aufgeboten worden, um Licht in diese dunkle und schändliche Angelegenheit zu bringen. Nur Keil ist ohne Verteidiger erschienen, während die Verteidigung der übrigen Angeklagten in den Händen von vier Rechtsanwälten liegt.

Aus Anklage und Zeugenaussagen war zu entnehmen, daß ein ungetreuer Zeugfeldmeier vom Artilleriedepot in Gericowisch, der sich das Leben nahm, als die Sache ruchbar wurde, die Eisenbahnladungen Karlsruhe an die Firma Stooff u. Tag verschoben hat und sich dabei der Vermittlung seines damaligen Schreibers Keil und der bei der Firma R. Wolf beschäftigten Kaufmann Wilhelm und Monteur Leps bediente. Wie raffiniert dabei zu Werke gegangen wurde, beweist folgendes: Beim Artilleriedepot lief ein Telegramm von der Feldzeugmeisterei in Berlin ein, der Firma R. Wolf sofort 30.000 Karlsruhe hütten zu übersenden. Dieses Telegramm war gefälscht. In fünf Wagenladungen gingen nun die Kartuschen an das Wolfsche Werk in Buckau ab, wurden dann zum Zweigwerk Aschersleben übergeleitet und dann, weil dort angeblich Streit war, nach Magdeburg zurück zur Firma Stooff u. Tag, welche die Karlsruhe kaufte. Die Firma versuchte nun den Beweis anzutreten, daß sie im guten Glauben an ein reelles Geschäft gehandelt hat.

Die Zeugenaussagen, die ein unentwirrbares Knäuel von Widersprüchen sind, interessieren die Öffentlichkeit weniger. Interessanter sind dagegen die Gutachten der Sachverständigen.

Stooff u. Tag haben das Geschäft mit dem Magazinverwalter von R. Wolf abgeschlossen und wollen des guten Glaubens gewesen sein, mit dem Firma selbst in Verbindung zu stehen. Sachverständiger Weising sagt dagegen aus, daß er ein solch großes Geschäft mit einem Magazinverwalter abgelehnt hätte. Herr Schulz hätte sich unbedingt nach der Herkunft der Hülsen erkundigen müssen.

Sachverständiger Büchereirevisor Hölsapfel hat die Bücher der Firma in großer Unordnung gefunden, soweit sie dieses zweifelhafte Kartuschengeschäft betrafen.

Sachverständiger Engels, vereidigter Büchereirevisor der Handelskammer Berlin, sagt aus, daß der von der Firma beim Kauf verlangte Preis von 2,60 Mark pro Kilogramm noch nicht auf ein faules Geschäft schließen lassen konnte. Auch er wäre nicht auf den Gedanken gekommen, daß ein so großer Posten Metall verschobene Ware sein könnte.

Sachverständiger Dr. Gompers war im Krieg und in der Nachkriegszeit Reichskommissar für die Schrottverwertung. Das Schrotts aus den Heeresbeständen sollte dem freien Handel entzogen werden und wurde darum zu sehr billigen Preisen direkt an Verbraucher abgegeben. Der Sachverständige zeigte dann, wie sich die Industriellen an diesem billig erstandenen Schrotts dadurch auf Kosten des Reiches bereichernten, daß sie es unverarbeitet wieder in den Handel brachten. Er entschuldigte das mit der Zeit des milden Durcheinanders und leistete sich dabei eine Verteidigung der gesamten deutschen Arbeiterschaft, die nicht schärfer genug zugefügter werden kann. Um die Kapitalisten zu decken, führte Dr. Gompers aus: „Es war zu der Zeit, da sich die deutschen Arbeiter nicht durch besondere Fleiß auszeichneten, sondern lieber politische Reden führten.“

Diese dreiste Verteidigung der Arbeiter, die allein nur in dieser Zeit der Korruption durch Opfermut und Langlebigkeit das Reich retteten, dieviel sich die Kapitalisten gewissenlos mit Staatsinteresse die Taschen füllten, wurde leider vom Vorsitzenden des Gerichts nicht zurückgewiesen.

Der Schluß der Vernehmung dieses Sachverständigen erfolgte wegen eventueller Gefährdung von Staatsinteressen unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Vorher hatte Dr. Gompers noch erklärt, daß die Firma Stooff u. Tag die Praxis vom Eisenschrott einfach auch auf Metall übertragen habe.

Die Verhandlung, die am Montag begann, wird voraussichtlich am Mittwoch zu Ende geführt werden.

Die neuen Grundgehälte.

Der Haushaltsschluß des Reichstags stimmt am Dienstag einer Neuordnung der Beamtengrundgehälte zu, die sich in folgendem Rahmen hält:

Gruppe I: 324.000, 338.000, 352.000, 366.000, 380.000, 393.000, 406.000, 419.000, 432.000 Mark monatlich.
Gruppe II: 357.000, 372.000, 387.000, 402.000, 417.000, 432.000, 447.000, 462.000, 476.000 Mark monatlich.
Gruppe III: 390.000, 407.000, 424.000, 440.000, 456.000, 472.000, 488.000, 504.000, 520.000 Mark monatlich.
Gruppe IV: 437.000, 456.000, 474.000, 492.000, 510.000, 528.000, 546.000, 564.000, 583.000 Mark monatlich.
Gruppe V: 494.000, 515.000, 536.000, 557.000, 578.000, 598.000, 618.000, 638.000, 658.000 Mark monatlich.
Gruppe VI: 557.000, 581.000, 605.000, 628.000, 651.000, 674.000, 697.000, 720.000, 743.000 Mark monatlich.
Gruppe VII: 636.000, 663.000, 690.000, 717.000, 744.000, 770.000, 796.000, 822.000, 848.000 Mark monatlich.
Gruppe VIII: 730.000, 765.000, 800.000, 835.000, 870.000, 905.000, 939.000, 973.000 Mark monatlich.
Gruppe IX: 888.000, 878.000, 918.000, 985.000, 998.000, 1.038.000, 1.075.000, 1.118.000 Mark monatlich.
Gruppe X: 963.000, 1.009.000, 1.055.000, 1.101.000, 1.147.000, 1.193.000, 1.239.000, 1.284.000 Mark monatlich.
Gruppe XI: 1.115.000, 1.169.000, 1.223.000, 1.273.000, 1.328.000, 1.381.000, 1.434.000, 1.487.000 Mark monatlich.
Gruppe XII: 1.303.000, 1.376.000, 1.449.000, 1.521.000, 1.593.000, 1.665.000, 1.737.000 Mark monatlich.
Gruppe XIII: 1.240.000, 1.690.000, 1.820.000, 1.950.000, 2.050.000 Mark monatlich.

Die Dienstlohnzuflüsse wurden ebenfalls neu festgesetzt. Sie bewegen sich in den erzielten Gruppen, die der Ortsklasse A angehören, zwischen 72.000 und 180.000 Mark und werden in Ortsklasse E zwischen 36.000 und 90.000 Mark herabgesetzt.

— **Der Wochenmarkt.** Wir sind in Junimitte, um diese Zeit läuft sich sonst auf dem Markt nahezu Gebirge aus Salat, Kohlrabi, Gemüse aller Art. Zu diesem Jahre war noch kein gut beschickter Markt zu sehen. Es können gewisse „Geschäftliche Gründe“ vorliegen, sicher trug aber die ungünstige Witterung einen großen Teil der Schuld. Es gibt kein rechtes Gedanken draußen, die Pflanzen kommen nicht vorwärts. Deshalb sehen die Verkaufsstände auch recht ärmerlich aus. Die ersten Kirchen gab es heute. Ein Pfund kostete 3800 Mark. Neben Spargel, Salat, Radisches, Stachelbeeren und Mohrrüben waren zwischen dem Marktstricker, den Erzeugern und Händlern Nichtpreise vereinbart worden, an die man sich im allgemeinen auch hielt. „Niedrig“ waren sie nicht, das ist selbstverständlich. Ein Pfund Spargel kostete bis 3900 Mark. Salat der Kopf bis 300 Mark, ein Pfund Radisches 150 Mark. Zwiebeln ebensoviel. Zehn Karotten kosteten 1500 Mark, ein Korbkarre 500 Mark. Also wieder eine Erhöhung seit Sonnabend. Auch Fleisch und Wurst sind teurer geworden. Schweinefleisch kostete 9800 bis 10.000 Mark. Kinderspeisefleisch vendete zwischen 8000 und 9200 Mark. Rind- und Leberwurst 9200 bis 10.600 Mark. Bratwurst 11.400. Mettwurst 12.000 Mark. Salzheringe gab es „schön“ für 300 Mark das Stück, aber auch für 500, 600 und 800 Mark. Ein Maatesshering kostete 1200 Mark. Es werden also auch die Menschen gezählt sein, die sich noch Hering leisten können. Man überlege, welche Summe eine Frau aufwenden muss, die etwa einer sechsköpfigen Familie Hering und Kartoffeln vorsehen wollte, vielleicht sogar Maatesshering. Ein Pfund Kartoffeln kostet weit über 100 Mark. Dabei ist die höchste Absatz und außerdem ist es ein Glücksschiff, wenn man noch ein paar Pfund bekommt. Ein Kartoffel- und Heringssack geht dann schon in die Tonne. Unter solchen Verhältnissen sollen Arbeiter, Kleinrentner und vor allem Erwerbslose nicht in Verzweiflung geraten!

— **Vereinigte sozialdemokratische Partei.**

Minna Böllmann spricht heute Mittwoch abend 8 Uhr in einer Frauenversammlung bei Eduard Holtz, Fischerstraße 22. Die Frauen sollten restlos an der Versammlung teilnehmen.

Bereich Buckau. Am Freitag den 15. Juni, abends 7½ Uhr. Mitgliederversammlung im „Klosterbezirksgarten“. Vortrag über Tuberkulose. Referent: Genosse Dr. Theling.

— **Lohnabkommen für das Baumgewerbe.** Vom Bauarbeiterkabinett wird uns geschrieben: Das am 28. Mai getroffene Lohnabkommen ist am 9. Juni 1923 dahin geändert worden, daß der Spaltenlohn für die laufende Lohnwoche (ab 7. bzw. 8. Juni) auf 3500 Mark festgelegt worden ist. Dieser Lohnsatz gilt bis zum 27. bzw. 28. Juni 1923. Am 30. Juni soll eine weitere Verhandlung stattfinden. Beide Parteien haben dem Lohnabkommen zugestimmt, damit ist die Lohnhöhe wie folgt festgesetzt:

Lohnklasse	1	2	3	4
Maurer und Zimmerer	3500.00	3430.00	3290.00	3150.00
Bauhilfsarbeiter	"	3360.00	3293.00	3159.00
Tiefbauarbeiter	"	3220.00	3156.00	3027.00
				2898.00

Wir geben diese Abänderung bekannt und erläutern, dafür zu sorgen, daß der Lohn bei der kommenden Lohnzahlung mit der im Tarif festgelegten Werkzeugzulage zur Auszahlung kommt.

— **Zur Lohnbewegung im Gastgewerbe.** Der Centralverband der Hotel-, Restaurant- und Cafés-Angestellten schreibt uns: Die Verhandlungen über die Lohnhöhe mit dem Arbeitgeberverband der Hotel-, Kaffeehaus- und Restaurantbetriebe sind zu einem befriedigenden Ergebnis gekommen. Die Löhne sind mit einigen Ausnahmen, wo höher gegangen werden mußte, um 80 bis 85 Prozent erhöht worden. Dagegen ist mit der Arbeitsgemeinschaft der Gastriteorgie, deren Vertreter vor einigen Tagen in der bürgerlichen Presse erklärten, daß sie bereits weit höhere Löhne bezahlen — was nicht der Wahrheit entspricht —, noch keine Verhandlung geführt worden. Lediglich hoffen wir, daß wir in Kürze berichten können, daß auch diese Verhandlungen zu einem befriedigenden Abschluß gekommen sind. Denn Lohnzahlungen von 2000 Mark pro Monat bei 12–16 stündiger Arbeitszeit sind nicht zu verantworten.

— **Sattler-, Tapezierer- und Portefeuille-Verband.** Vorbereitung: Am 2. bis 15. Juni auf alle Löhne einen Aufschlag von 55 Prozent. Treibrierer: Auf den Nachtrag XI vom 3. bis 16. Juni einen 20prozentigen Aufschlag. Die Ortsverwaltung.

— **Paritätbewegung im Versicherungsgewerbe.** Der Centralverband der Angestellten schreibt uns: Die Verhandlungen brachten für die erste Hälfte des Juni folgendes Resultat: Erhöhung und Jugendliche erhalten 45 %, alle übrigen Angestellten 50 % zu den Maiwerten. Von dieser Summe werden 40 % am 15. Juni als Vorschuß ausgezahlt. Für die zweite Hälfte des Monats wird an einem späteren Termin verhandelt.

— **Nichtgattluna.** Zur Lohnbewegung in der Holzindustrie ist festgestellt, daß der Schiedsgericht für die Kästenfabriken usw. nur Geltung hatte für den Holzarbeiterverband. Für die übrigen Verbände ist auch gesondert der Spruch gefällt, jedoch der Inhalt war bei allen gleich. Der Vorschlag ist, daß die Lohnzulage der Holzarbeiterverbände.

— **Gehaltszahlungen in der Metallindustrie.** Wie uns der Centralverband der Angestellten mitteilt, werden in der Metallindustrie unabhängig von den vom Afa-Bund beantragten Abhälftszahlungen am 15. Juni Gehaltszahlungen vorgenommen. Die Abhälftszahlungen sollen Zwischenzahlungen sein, unter besonderer Berücksichtigung der Not der Angestellten.

— **V. Z. P. D. Bezirk Westerhüsen.** Die am Sonnabend den 9. Juni stattgefundenen Mitgliederversammlung war leider schlecht besucht. Der Bezirksekretär Genosse Hart gab einen Bericht von dem internationalen Kongress in Hamburg und freiste in seinen Schlafworten die augenblickliche politische Lage. Seine Ausführungen fanden allgemeine Zustimmung. Als Delegierter zum Bezirksparteitag wurde der Genosse Herm. Völler vorgezogen. Nachdem noch auf die kommende Beitragsabrechnung hingewiesen worden war, wurde die Versammlung geschlossen.

— **Städtische Badeanstalten.** Die städtische Badeanstalt Buckau, Feldstraße 56/58, ist ab 14. Juni wieder geöffnet. Badezeiten sind: Donnerstag bis Sonnabend 11 bis 7 Uhr nachmittags, Sonntag 6 bis 11 Uhr vormittags. Montags, Dienstags und Mittwochs ist die Anstalt geschlossen. — Die Badeanstalt Bückeburgstraße 5 wird wegen dringender Instandsetzungsarbeiten auf einige Wochen geschlossen.

— **Anstalt für Krankenpflege.** Im Krankenhaus Altstadt, Marktstraße 15, besteht eine Anstalt für Krankenpflege, Krankenförderungswesen, Transportmittel und einschlägige Fragen. Die Stelle, welche unter Leitung des Krankenhausverwaltungs-Direktors steht, gibt jede Ausklärung, falls Bedarf besteht an Betten- und Pflegepersonal und vermittelt auch staatlich geprüfte Krankenpflegerinnen und Pflegepersonal. Der telefonische Anruf lautet Nr. 2481 oder über Rathaus.

— **Strafenunfall.** Am Dienstag nachmittag wurde der Käffner Wilhelm D. in der Nähe der Stadthalle von der Straßenbahn so unglücklich angefahren, daß D. außer Kopfverletzungen noch einen Bruch des rechten Oberarmhalses erlitt. Der Verletzte wurde mit einem Krankenwagen dem Krankenhaus Altstadt zugeführt.

— **Weltliche Schule in Wilhelmstadt.** Zu einer gut besuchten Vereinssammlung am Donnerstag gab Lehrer Herr Floki einen historischen Überblick über die Entwicklung der Schule, die Herrschaft oder richtiger Alleinherrschaft der Kirche in der Schule, die Jahrhunderte dauerte, erklärend. Die Forderungen des fortgeschrittenen Teiles der Lehrerschaft nach Beseitigung der kirchlichen Überhöhung waren berechtigt, fanden aber nicht die genügende Unterstützung der Allgemeinheit des Volkes. Die geistliche (aufsichtliche, dogmatische, bekanntschaftliche) Unterricht waren jetzt noch sichtbare Zeichen der Macht der Kirche über Schule und Lehrer und Kinder. Jetzt ist, wenn auch noch nicht gleichzeitig, ja praktisch die Söhne frei für die weltliche Schule, die Kinder aller Richtungen, Konfessionen und Glaubensbekennnis umfaßt, auf einer Schulbank in einer Schule vereint; darüber die Erziehung des konfessionellen Unterrichts der betreffenden Religionsgemeinschaft außerhalb der Schule überläßt. Dem Vortrag folgte eine rege interessante Diskussion, an der sich Lehrer, eine Mutter sowie Vertreter der Eltern beteiligten. Die Elternschaft verlangt die Errichtung der Schule zum Beginn des Winterhalbjahrs. Der Vorstand der Arbeitsgemeinschaft wurde beauftragt, in diesem Sinne die Vorarbeiten zu leiten, damit nicht wieder künftliche formale Widerstände entstehen könnten. Vor Beginn der Sommerferien müssen alle Wiedergänge vorliegen. Nachdem Herr Panik über den Stand der Bewegung und die bisherigen Veranträge Mitteilung gemacht und Elternschaft und Lehrer zu reicher Mitarbeit im Interesse des Ausbaus der weltlichen Schule und damit der Volksbildung, dem Stießknie der staatlichen Schulpolitik bisher, aufgefordert hatte, wurde die Versammlung geschlossen, die der weltlichen Schule auch in der Wilhelmstadt eine gute Aufnahme bereiten wird.

— **Steuerabzug für Kriegsbeschädigte.** Aus vielen in den letzten Tagen an das Finanzamt gerichteten Anträgen über die Zulassung der erhöhten Werbungskosten bei erwerbstätigen Kriegsbeschädigten geht hervor, daß bei den Arbeitgebern zweifel über die Höhe der zu berechnenden Ermäßigungssätze für Kriegsbeschädigte beim Steuerzahlu bestehen. Zur Behebung dieser Zweifel teilen wir ergebnis folgendes mit: Der Herr Reichsminister der Finanzen hat bestimmt, daß den Kriegsbeschädigten auf Antrag eine Erhöhung des gesetzlichen Werbungskosten-Pauschalzugs nach dem Prozentsatz der Erwerbsbeschränkung zugelassen wird. Das Finanzamt Magdeburg hat den vorstellig gewordenen Kriegsbeschädigten auf Grund ihres Rentenbescheides eine Ermäßigung in Höhe ihrer Erwerbsbeschränkung zu dem Werbungskosten-Pauschalg zugeschilligt und dieses in einem im Steuerbuch eingetragenen Blatt bescheinigt. Die Arbeitgeber sind also ermächtigt, für die Dauer des Steuerjahrs die dem Kriegsbeschädigten vom Finanzamt zugelassenen erhöhten Werbungskosten nach den jeweils bestehenden Sätzen zu berechnen. Die Höhe der Werbungskostenpauschalsätze geben aus den vom Finanzamt Magdeburg ausgegebenen Tabellen (siehe Merkblatt) hervor und betragen ab 1. Juni bei monatlicher Lohnzahlung g 10.000 M. für den Steuerpflichtigen bei wöchentlicher Zahlung 2400 M. bei Tageszahlung 400 M. Beispiel: Ein verheirateter Kriegsbeschädigter mit zwei minderjährigen Kindern erhält bei wöchentlicher Lohnzahlung 11000 M. Wenn er 50 Prozent erwerbsbeschränkt ist, so ist ihm folgender Steuerabzug zu machen: 10 Prozent = 1100 M. Ermäßigung laut Tabelle, (288+288+1920+2400) = 6816 M. dazu 50 Prozent von 2400 = 1200 = 8016 M. 2984 M. Steuerabzug, die auf volle 10 M. nach unten = 2980 M. abzurunden sind.

— **Gewissenlose Burschen.** Vor dem heutigen Schwurgericht standen am Dienstag zwei saudiere Burschen. Der aus Galizien stammende Kaufmann Moritz Diamant war im Januar von einem Mädchen auf Klimente für ein uneheliches Kind verklagt worden. Er wußte sich drücken und überredete den Dreher Willi Schulze aus Magdeburg-Süderburg, vor Gericht zu beschwören, daß er mit dem Mädchen geschlechtlich verkehrt habe. Der Bursche war auch bereit, die gemeinsame Schmach im öffentlichen Raum aufzuführen. Er leistete einen Eid, daß er mit dem Mädchen intim verkehrt habe, trotzdem er das Mädchen zum ersten Mal in seinem Leben im Gerichtssaal gesehen hat. Das Mädchen wurde daraufhin mit ihrer Klage abgewiesen. Gegen Schulze und Diamant wurde aber Anklage erhoben wegen Meineids und Anstiftung dazu. In der Verhandlung vor dem Schwurgericht war Schulze im vollen Umfang gebrandigt. Er rügte sein Verhalten mit seiner Unerschaffenheit — der Angeklagte ist 18 Jahre alt — zu entstehlichen. Der Angeklagte Diamant leugnete dagegen jede Schuld. Die Geschworenen befanden bei beiden Angeklagten die Schuldfragen. Für Schulze soll ein Gnadenengel eingerichtet werden. Schulze wurde wegen Meineids zu einer Strafe von 1 Jahr Buchhaus und zweijährigem Entfernung verurteilt. Diamant wegen Anstiftung zu 2 Jahren und 6 Monaten Buchhaus.

— **Gewissenlose Ladendiebe.** In einem Geschäft in der Goldschmiedebrücke entzog es einem Unbekannten, am 9. d. M. die Verkäuferin auf kurze Zeit zum Verlassen des Verkaufsraums zu veranlassen und in dieser Zeit 1½ Millionen Mark aus der Ladentasche zu stehlen. Erst nach seiner Entfernung wurde der Diebstahl bemerkt. Auf die gleiche Weise stahl eine etwa 29 Jahre alte Frauensperson, die mittelgroß, blau war und sandfarbenen Mantel trug, am 7. d. M. in einem Goldwarenladen in der Dreiengasse zwei goldene Trauringe.

— **Diebstahl in einem Hotel.** Ein sehr wettboller Damen-Hermelintragen, 25 Zentimeter breit und etwa 2 Meter lang, ist am 9. d. M. in einem heutigen Hotel gestohlen worden.

— **Arbeitsgemeinschaft welt**

Sozialdemokratischer Bezirksverband Sachsen-Anhalt.

Parteigenossen, Parteigenossinnen!

Das Kämpferproblem drängt zur Entscheidung. Ungeheure Not geht durch die Lande. Das Proletariat kämpft den schwersten Kampf um seine Existenz. Von der Regierung Euro hat das Volk nichts zu erhoffen. Die Partei steht vor schweren Entscheidungen. Harte Kämpfe, wie wir sie schlimmer nicht erlebt haben, sind zu erwarten. In diesem Augenblick ist nichts notwendiger als feste Geschlossenheit; nichts würde uns mehr idealen, als wenn die Partei in ihrer Aktionsfähigkeit geschwächt würde. Wir müssen die Waffen schärfen für die in Aussicht stehenden Kämpfe.

Die Partei ist in der Nachkriegszeit nicht nur groß und stark geworden; neue, in ihrer Schwere nicht allgemein erkannte Aufgaben sind ihr gestellt. Die verschiedensten Probleme sollen dauernd und möglichst einheitlich behandelt werden. Aus diesem Grunde hat der Bezirksausschuss eine Reihe von Tagesordnungen beschlossen und, soweit das möglich war, die Tagesordnung festgesetzt.

Als wichtigste Tagung gilt der

Bezirksparteitag.

Er findet statt am Sonntag den 29. Juli 1923, vermittags 9 Uhr, im "Konzerthaus" zu Magdeburg. Vorläufige Tagesordnung ist:

1. Geschäftsbereich.

(Referent: Karl Herwig Arning, Meisterfeld.)

2. Sozialdemokratie und Bodenreform.

(Referent: Reichstagabgeordneter Silberbach mid.)

3. Wahlen.

Teilnahmeberechtigt sind mit beschließender Stimme:

Die Delegierten der Unterbezirke, des Bezirkausschusses und des Bezirksvorstandes. Mit berechtigender Stimme können teilnehmen: Die Parteivertreter des Bezirksverbandes, die Abgeordneten sowie die Vorsitzenden der Pressekommissionen der Parteizielungen.

Den Verlagen der Parteizeitungen steht das Recht zu, auf ihre freien Vertreter der Redaktionen und der Geschäftszweigungen zu den Versammlungen zu entsenden.

Soweit die Delegierten noch nicht gewählt sind, hat die Wahl sofort zu erfolgen. Namen und Adressen der gewählten Delegierten sind bis zum 15. Juli an den Unterbezirken einzurichten. Nach dem Status können die Unterbezirke auf je 1000 Mitglieder einen Delegierten entsenden; Neuzählungen über 500 gelten für voll.

Intääge an den Bezirksparteitag können nur von Ortsvereinsversammlungen, Unterbezirkskonferenzen und Unterbezirksparteikräften gestellt werden. Sie müssen spätestens 2 Wochen vor Stellung des Bezirksparteitags, also bis zum 8. Juli, beim Bezirksparteitag eingerichtet werden.

Ein Bezirksparteitag

findet am Sonntag den 15. Juli 1923, vermittags 9 Uhr, im "Klosterberggarten" in Magdeburg statt. Als vorläufige Tagesordnung ist festgelegt:

1. Organisation und Agitation.

(Referent: G. Wegele vom Bezirksparteitag in Berlin.)

2. Sozialdemokratie und Beamtenfrage.

(Referent: Reichstagabgeordneter Steinopf [Berlin].)

Jeder Delegierte, dem parteidienstliche Beauftragte angehören, hat das Recht der Eröffnung von Delegierten. Jeden tragen die Delegationskolonnen entweder die Ortsvereine oder die Teilnehmer selbst. Der Bezirksparteitag erwirkt sowohl eine rege Beteiligung als auch eine glänzende Wirkung des Beamtentags in politischer und agitatorischer Beziehung.

Namen und Adressen der Teilnehmer sind bis 8. Juli an den Unterbezirkssitzungen schriftlich einzurichten.

Bezirksparteitag.

Die Schulfrage spielt in der Partei und allgemein eine außerordentlich große Rolle. Der Bezirksparteitag beruft deshalb am Sonnabend den 28. Juli d. J., mittags 1 Uhr, nach dem "Klosterberggarten" in Magdeburg einen Bezirksparteitag

Fräulein.

Roman von Paul Enderling.

Copyright by J. G. Cotta'sche Verlagsbuchhandlung, Stuttgart.

(26. Fortsetzung.) Sadler verboten.

Was ging jetzt los, wenn man an der Tür des Oberlehrers vorüberkam?

Seit einer Woche lag er zu Bett. Der Arzt war außer jämmerlich, daß er es nicht lange geben könnte. Der Oberlehrer hatte ein Komplikation befürchten wollen: Aber den Sohn, Doktor, auf dem Sohn will ich gern hoffen. Lang gespannt, wenn Sie wollen, und Spannung und Druck auf Mutter. Aber Bett — das ist so unangenehm und schmerzhaft. Bedenken Sie doch, wenn ich Doktorin werden könnte!

Aber der Arzt kannte aus seinem jüngsten Bericht eines Unterlehrerhauses höchst das nicht ohne Anerkennung war. Er hat ihm helfen beim Aufheben.

Das ist die Fortsetzung. Doktor. Es geht nicht auf Ihre Fortsetzung!

"Sonne? Sonn?"

"Zum letzten Sohn, dem aufzuschließen."

"Innen. Ein junger und Sonne Sie hat auf?"

"Singen? Sein älter Sohn. Über reicher als Sie zur Polizei. Ich weiß nicht wie gekauft bei dem Sohn. Nun, wenn ich's nicht hätte, dann im Sohn nicht."

"Wie?"

"Doktor junger Sohn! Seine Freiheit liegt in dem Schrank, welche Junge!"

"Ja, ja. Wie die Kinderlage alle zwei Stunden wechselt und —"

"Zuerst ist doch das einzige, was ich das Schreibtisch machen will. Ich gehöre mir auch nicht bewußt, aber mir bewußt ist es nicht. Schon seit vielen Jahren bewußt. Wie kann man es sein, daß er sonst arbeitet, als wenn er die Zeit auf einem abgelegenen Schreibtisch unterhält? Nur ihn in die Augen zu schauen."

"Wie schreibt nun eigentlich Junge?"

"Ich dagegen habe doch Junge für Junge, Schreibtisch."

"Der Arzt erzählte mir, er habe nichts wieder aus dem Bett."

"Ich kann Ihnen nicht, Doktor. Sie müssen mir noch etwas sagen, wann Sie sich auf den Sohn Sie, das ist ein Mann hat?"

"Reichlich, ja."

"Sie sagen mir es mir diese Geschichte, eine schöner und besser, wie der Friedhof. Schreibtisch liegen. Sie lange Zeit gehen Sie mir nicht?"

"Der Arzt giebt die Antwort. Sie gibt eine lange Zeile in seiner Sprache, die Sie nicht sehr nach kommenden."

"Wie viel können Sie nicht mehr?", fragte der Friedhof.

"Nun kann ich nicht. Sie hört bei dem nicht mehr weiter. Nur den Sohn kann."

"Sie hören. Das Telefon habe ich nicht mehr mehr. Nur den Sohn kann."

"Sie hören. Das Telefon habe ich nicht mehr mehr. Nur den Sohn kann."

ein. Die Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Lehrer Magdeburgs, die gemeinsam mit dem Bezirksparteitag die Vorarbeiten zu erledigen hat, würdet eine rechte Beteiligung sämtlicher sozialdemokratischen Lehrer des Bezirksparteitags. Die Tagesordnung konnte noch nicht endgültig festgestellt werden; sobald dies geschehen, erfolgt Bekanntgabe derselben in den Parteizeitungen. Wir erwarten, daß sämtliche Ortsvereine, in denen sich parteigenossische Lehrer befinden, diese zur Teilnahme veranlassen und uns bis spätestens 15. Juli Namen und Adresse der Teilnehmer angeben.

Ein proletarischer Kulturabend

findet am Sonnabend den 28. Juli, abends 7½ Uhr, in den Nationaltheatern in Magdeburg statt. Es wird zu Ehren der Teilnehmer des Bezirksparteitags und des Lehrertags von der Magdeburger Arbeiterjugend und den Jungsozialisten abgehalten. Die neue proletarische Kunst soll auf diese Art in das ganze Gebiet des Bezirksparteitages hinausgetragen werden, auf dem erhoffen wir von dieser geistigen Veranstaltung eine engere persönliche Fühlungnahme der Genossen aus dem ganzen Lande. Wir machen daran aufmerksam, daß die Delegierten des Bezirksparteitags und des Lehrertags bei der Meldung auch angeben müssen, ob sie für Sonnabend Freiabend in Magdeburg wünschen. Die Magdeburger Parteigenossenschaft hat sich bereitwillig zur Aufnahme der Delegierten für den 28. Juli verpflichtet, und so erkennen wir eine starke Beteiligung am proletarischen Kulturabend.

Der Bezirksparteitag

findet am Montag den 30. Juli im "Klosterberggarten" in Magdeburg statt. Nächste Bekanntmachung erfolgt unter Angabe der Tagesordnung in der nächsten Zeit. Jedoch machen wir schon heute auf die Tagung aufmerksam mit dem Erstaunen, für möglichst reiche Beteiligung sorgen zu wollen.

Der Parteibetrag für Juli

beträgt nach dem Beschluss des Bezirksparteitages wöchentlich für Männer 300 Mark, für Frauen 100 Mark. Den Beitragserhöhung entspricht noch lange nicht den tatsächlichen Bevölkerungen. Der Bezirksparteitag hat deshalb dem Vorstand die Erhöhung bis zu weitergehenden Beisätzen erteilt, falls die Notwendigkeit einer weiteren Erhöhung vorliegt. Die Ortsvereinsleistungen müssen dafür sorgen, daß nicht ein einzelnes Mitglied versorengt. Von der Parteidienstlichkeit aber erwarten wir volles Verständnis für die obige Maßnahme. Denn niemand läßt sich darüber schämen, sondern nur geführt werden, wenn die Partei ein festes finanzielles Fundament hat. Redet wie bisher auch durch lästige Agitation die politische Unabhängigkeit bekämpft werden. Hand in Hand damit soll regale mündliche Agitation geben. Konferenzen und Versammlungen verhindern hohe Summen. Die Notwendigkeit für ihre Abhaltung aber besteht, und so bleibt der Organisation nur der Begleitung übrig:

Schaffung eines großen Betriebsbands.

In diesem Bestreben den Vorstand zu unterstützen, ist heiligste Pflicht jedes Genossen und jeder Genossin. Bisher haben wir nicht vergebens an die Opferfreudigkeit unserer Parteigenossenschaft appelliert, wir sind davon gewiß, auch diesmal werden wir volles Verständnis finden, denn:

ohne Opferfreudigkeit kein Sieg.

Der Bezirksparteitag. J. L. Gustav Terl.

Nachrichten aus der Provinz.

Kreis Jerichow I.

Burg. In einer öffentlichen Protestveranstaltung in der "Centralhalle" sprach Genosse Schneider (Berlin) vom Zentralverband der Arbeitersoldaten und Witwen über die Propagierung und die Sozialdemokratie. Redner schilderte die tragischen Verhältnisse, unter denen die Rentenempfänger zu leiden haben. Der Zentralverband hat lange und schwierige Verhandlungen mit der Bürgerlichen Regierung ausgefochten, um die kleinen Rentenabzüge erzielen zu können. Redner ging ein in die neuen Sätze der Renten und Rentenabzüglichungen. Die Sätze sind noch sehr klein und es darf kein Mittel unternommen werden, um für die Renten der Armen die Möglichkeit des Lebens zu schaffen. Es ist aber auch Pflicht der Empfänger, bei den nächsten Gemeindewahlen die Stimme der Partei zu geben,

die für die future Bevölkerung eintritt. Es darf nicht vergessen werden, daß es die Sozialdemokratie ist, die im Reichstag bei jeder Gelegenheit für die Sozialrechte eintritt. Heute wurde vom Referenten, daß in den ehemaligen Offizierskreisen ganz bedeutende Renten gezahlt werden. Erklärung wurde in der Versammlung laut, daß der General-Sixt von Arnim eine Nachzahlung von 2½ Millionen bezogen hat. Die Brotpreise steigen sich ins Unermessliche, und es muß der Regierung der Vorwurf gemacht werden, daß sie auf der andern Seite keinen Ausgleich für die Sozialrechte schafft. Zum Schlusse fordert der Referent die Anwesenden auf, für Verbreitung und Stärkung der Organisation zu sorgen. In der Aussprache ergriff Genosse Stollberg das Wort: Die neue Steuerpolitik hat die Einnahmeketten der Kommunen sehr behindert, infolgedessen ist der Wille zur Tat in den Kommunen größer als die Möglichkeit der Durchführung. Schuld an allem liegt in dem verlorenen Krieg, und es wird noch lange dauern, ehe wir zu annehmbar günstigen Lebensbedingungen kommen werden. Es ist darum Pflicht, daß insbesondere die Frauen von ihrem Wahlrecht größeren Gebrauch machen wie an den vergangenen Wahlen und die Stimme ihren Klassengenossen geben. In kurzen Worten ging Genosse Stollberg auf die politischen Verhältnisse im Zusammenhang mit der Not des deutschen Volkes ein. Deutlicher Beifall befandete, daß man mit seinen Aussführungen einverstanden war. In der Aussprache der Genossen Stollberg, der die Aussführungen des Genossen Stollberg unterstützte, zum Schlusse meldete sich noch der Kommunist Matzke zum Wort. Er führte aus, daß er glaubte, daß in der Versammlung beraten werden würde, wie die Sozialrentner geholt werden sollen. Dazu müssen wir bemerken, daß er erst in der Aussprache den Saal betrat, und infolgedessen sich ein Urteil über den Verlauf der Versammlung nicht bilden konnte. Der zweite der sieben Kommunen war ja mit Flugblättern in der Versammlung zu verbreiten. Aber die Stimmung in der Versammlung hat ihnen bewiesen, daß man von ihren Flugblättern nichts mehr wissen will. Genosse Stollberg trat den Flugblättern Matzkes entgegen, und schlug ihn mit den Waffen der sozialdemokratischen Einrichtungen. Nach kurzen Schlufwort des Referenten wurde die Versammlung geschlossen.

Gommern. Der Mitarbeiter in halte am Sonntag noch mittag eine öffentliche Versammlung in den großen Kinosaal bei Preuß einherzu, in welcher Landtagspräsident Peters (Dessau) über das Siedlungs- und Bauwesen und über die Besteuerung des Grund und Bodens sprach. Leider war die Versammlung bei Wichtigkeit der Tagesordnung entsprechend nicht besucht. Es wird nur immer feste drauflos geschimpft. Peters führte aus, daß die auswärtige Politik Deutschlands vollständig versagt hat. Nun müßten aber alle befreuten Volkskreise versuchen, wenigstens die innere Politik gut zu gestalten. Das läßt sich machen, wenn die Wille vorhanden ist. Die Besteuerung von Land muß jedem Menschen eine eigene Scholle sichern. Dieses ist sofort möglich, wenn alles getan wird. Richtige Bodenpolitik vertreten die Sozialisten und die Bodenreformer. Leider haben im Reichstag die Sozialisten nur 180 Stimmen. Zug absoluten Mehrheit fehlen noch 45 Stimmen. Von der sozialdemokratischen Partei soll jetzt eine große Reformvorlage im Reichstag eingereicht werden, damit mehr Land zu Siedlungszwecken bereitgestellt wird. In Anhalt ist die Besteuerung des Grund und Bodens noch Flugblättern beschlossen. Von 1000 Mark Wert muß ein Fünftel abgegeben werden. Die Reichsregierung Euro läuft dagegen Sturm. Mit diesem Etat wird der ganze Haushaltetat gebrochen und es ist noch ein Überdruss da, wovon die Schulosten getragen werden können. So müssen die Steuern allerorts veranlagt werden. In der Diskussion sprach Genosse Henzel und sagte, daß auch in Gommern eine Bau- und Siedlungsgenossenschaft gegründet werden soll, da unbedingt gebaut werden muß. Es haben sich schon mehrere Interessenten gefunden, die gewillt sind, diese schwere Aufgabe zu lösen. Gommern hätte schon mehr bauen können, wenn die Steinbruchindustrie, welche die Hauptbeschäftigung am Ort ist, nach dem Krieg, in den Jahren 1919 bis 1921, nicht solahmgelegen hätte. (Fortsetzung des redaktionellen Teils nächste Seite.)

Schlechte Verdauung

trager Stuhl sind verbreite Nebel. Wir raten Ihnen, 30 g Herber-Kerne zu kaufen, wovon Sie nach Bedarf 1-2 Stück nehmen. Sicher erhältlich: Hof-Apotheke, Breiter Weg 158.

"Im Oktober?" fragte Frau Görlke noch einmal.

"Im zweitundzwanzigsten," sagte Görlke leise.

Der Sarg schwankte heran. Der Konsistorialrat begann zu sprechen.

Die Tanten weinten laut und andauernd. Aber Tante Bertha hatte das mit dem Testamente doch gehört, und sie flüsterte es Tanten zu. Die war schlecht auf den Konsistorialen zu sprechen. Im Grunde verzog sie ihm auch heute noch nicht die Sache mit der Dame ohne Unterleib. "Ein Sonderling ist er immer gewesen," hauchte sie.

Und nach einer Viertelstunde wußte es fast die ganze Trauerversammlung, daß der Oberlehrer ein Testament gemacht und daß es am zweitundzwanzigsten Oktober eröffnet werden sollte.

Der Konsistorialrat war ein großer, hämmiger Mann. Er sprach kräftig und ernst von den "treuen Stathaltern".

Die Schüler schielten zu ihrem Lehrer hinüber und konzentrierten mit Befriedigung, daß die "Philister" wieder unglaublich aussehen. Dann sprach der Director, und sie sangen das "Integer vitae".

Ein junger, kalter Regen zog ein.

"Sieh nur, Fräulein weint auch," sagte Tante Tine.

"Ja, wahnsinnig. Wer hätte das gedacht?" Dann lauschten sie wieder andächtig dem Gesang.

Nun wurde der Sarg in die Tiefe gesenkt, und die Erdwollen rollten herunter. Die Feier war aus.

Die Hörer spannten die Saiten auf, traten zu der Tafel und sprachen einige Worte und gingen dann quer über die große Allee hinüber zur Elektrizität.

Julius Görlke sagte: "Ich glaube, eine Tochter heißen Kaffee wird notwendig sein, wenn wir keine Erbflöte bekommen wollen." Und er lud die Tanten ein, in die nahe Konditorei mitzukommen.

Frau Görlke überblickte angestrahlt die Zahl der Gäste. Plötzlich sagte sie mit einem Ruck: "Fräulein, Sie fahren wohl am besten nach Hause. Wir bringen die Kinder dann schon selber mit." Gewiß gewiß.

Tante Tine hielt Fräulein noch einmal fest. Sie war die einzige, die das mit dem Testamente vielleicht noch nicht wußte. Deutet Sie, im Oktober soll es erst geöffnet werden."

"Am wievielten?" fragte Fräulein gedankenlos.

"Am zweitundzwanzigsten." Und sie folgte eifrig Görlkes, die schon in die Glasswand der Konditorei traten.

Die sonderbare dachte Fräulein; am zweitundzwanzigsten, wo mein Geburtstag ist . . .

Als alle ihren Blumen entzündeten waren, machte sie noch mal Leinen und ging zu dem verlassenen Grab zurück. Die Kränze lagen unter, die schwarzen Schleifen im neuen Sand. Die blanken Goldbüchsen und die bunten Blumen standen gruell in das Grau des Regentags.

"Ach!" sagte sie leise, als wolle sie den Schlägenden nicht sterben. "Du bist immer gut gewesen. Gott wird auch gut zu Dir sein."

Der Regen rieselte dicht und tief und drückte auf dem Gesicht.

Die Totengräber kamen wieder.

Gebau' kaum nur werden, wo auch der Arbeiter, Angestellte und Beamte Verdienstmöglichkeit hat. Es sprachen noch im Sinne des Referenten die Genossen Dominik, Kuhn, Berche und Villpoh. Alle Einwohner von Gommern, die gewillt sind, den Wohnungsbau auch in Gommern zu fördern, werden zum Mittwoch abend 8 Uhr im Gasthof zum Schützenhaus eingeladen. Es findet eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Genossen Stollberg, Stadtverordnetenwescher in Burg, über Gründung einer Bau- und Siedlungsgenossenschaft sprechen wird. —

Unterbezirke Neuholdensleben-Wolmirstedt.

Meihendorf. "Revolutionierung" der Massen. Ein Artikel in der "Volksstimme" aus Meihendorf, in welchem von einer Landarbeiterversammlung berichtet und vor der Verschärfungsfähigkeit der R. P. D. gewarnt wurde, bildete die Einleitung der am Sonnabend stattfindenden öffentlichen Kommunistischen Versammlung. Alle Referenten war der bekannte Düring erschienen. Man hatte mindestens 20 Magdeburger Kommunisten herbeordnet. Das Referat appellierte an die niedrigsten Instanzen im Menschen. An der herrschenden Not seien die Führer der B. S. R. D. schuld. Höchst, Seböring, Leinert u. a. sind die Sabotatoren der Einheitsfront. In einigen Wochen wird man es erleben, daß über die Köpfe der Führer hinweg gehandelt wird. Düring hatte es vor allen Dingen darauf abgesehen, unter den Genossen Dobberlan zu reizen und herabzuspielen. In der Diskussion wies Dobberlan darauf hin, daß die Ausführungen Dürings fast durchweg unrichtig seien und schilderte in treffenden, sachlichen Worten die Ursachen unseres Elends. Nicht durch Schimpfen, sondern durch praktisches Arbeiten in den Parlamenten läßt sich dies Elend lindern. Vollständig abstellen, wie Düring es durch Kontrollausschüsse, Gewehre "ohne Schlagbolzen" usw. verlangte, läßt es sich überhaupt nicht, denn wir haben einen Krieg verloren. Die Heldenrolle, die die Kommunisten in Mitteldeutschland spielen, rückt unsr. Genossen in das rechte Licht. Die verführten Arbeiter wanderten ins Zuchthaus, die "genialen" Führer à la Brandler, Oberlein verdüsteten nach Russland und lebten dort herrlich und in Freuden bis die "reformistischen Sozialverträge" die Amnestie für die tapferen Kämpfer erwirkten hatten. Düring gab zu, daß man Europa und Kontinent zum Wiederaufbau nach Russland gerufen hat. Die Durchsetzung der R. P. D. durch Sowjetstab gelangt man ebenfalls ein. Nach unserm Diskussionsredner kam Walter Bant, Magdeburg, zu Wort. Auf seine Ausführungen einzugehen, lehnen wir uns Feindseligkeitsgründen ab. Bergmann, Magdeburg, als Versammlungsleiter und einige andere kommunistische Funktionäre konnten durch anständiges sachliches Arbeiten, um 1 Uhr nahm die nürrisch verlaufene Versammlung ihr Ende. —

Neuhaldensleben. Für Krieg beschädigte und Krieger hinterbliebene. Der bisher jeden 1. und 3. Montag im Monat hier im ehemaligen Krankenhaus abgehaltene Versorgungs-Sprechtag findet vom 18. Juni an im ehemaligen Versorgungsamt Neuhaldensleben, Bahnhofstraße 2, statt. Beginn 8 Uhr vormittags.

Wolmirstedt. Arbeiter-Samariter. Am Sonntag fand unter reger Beteiligung die Kreisübung des 20. Kreises der Arbeiter-Samariter-Kolonnen statt. Vertreten waren Magdeburg, Schöneweide, Stendal, Kalbe a. d. S., Oschersleben und Tangermünde mit annähernd 100 Samaritern und Samariterinnen. Nach Empfang und Stärkung wurde um 11½ Uhr zur Übung ausgebrochen. Abgenommen wurde der Eintritt einer Schule. Auf dem Bandplatz nahm der Kreisfönnennarzt Herr Dr. Frisch (Magdeburg) die Verbände ab. Er führte dann aus: Sämtliche Verbände, die ihm vorlagen, seien als gut zu bewerten, trotz Zusammensetzens mehrerer Kolonnen, er sei etwas über das allgemeine Ziel der Arbeiter-Samariter hinausgegangen, um zu hören, was jeder Samariter tun würde, wenn z. B. auf dem Lande, tagelang kein Arzt zu erreichen wäre. Möge sich jeder Samariter klar sein, welchen verantwortungsvollen Posten er den Kranken gegenüber habe. Nach Schluss der Übung fand eine gemeinsame Sitzung sämtlicher Kolonnen statt, in welcher Genosse Bosse (Quedlinburg) Bericht vom Bundestag in Leipzig erstattete. —

Kreis Wanzleben.

Klein-Ottendorf. Sozialdemokratischer Verein. Am Freitag, 15. Juni, abends 8 Uhr, findet eine Mitgliederversammlung bei Emil Schäfer statt. Die Versammlung ist sehr wichtig, darum müssen alle Genossen und Genossen erscheinen. —

Ottersleben. Parteiveranstaltung. In der Monatsversammlung der Partei wurde gelegentlich der Abschluß vom Wahltafelkabinett vom Genossen Lange vorgelesen, daß sich die Parteimitglieder intensiver an den Veranstaltungen der Partei wie überhaupt an ganzen Parteileben beteiligen müßten. Um die Gesellschaft innerhalb der Partei zu beleben, soll im Laufe des Juli eine Farztour nach Bernigeroode gemacht werden. Um den Gedanken der Feuerwehrleitung hier zu verbreiten, wurde beschlossen, einen Referenten kommen zu lassen, der in einer öffentlichen Versammlung sprechen soll. Entscheidungen des Wiedereinigungsamtes wurden einer scharfen Kritik unterzogen. Die Ansicht, daß diese Beharre sich durchaus nicht im Sinne des Gesetzes befäige, war die ungeheure Ansicht der Versammlung. — Berichtigung. In dem Bericht vom 10. Juni in Nr. 132 der "Volksstimme" ist insofern ein Irrtum unterlaufen, daß das gesuchte Stück "Der Streiführer" nicht von Mitgliedern der Freien Volksbühne, sondern von Mitgliedern der Theatergruppe der Düsseldorfer Befreiung der B. S. P. gegeben wurde. —

Kreis Kalbe.

Groß-Salze. Stadtvorordneten-Sitzung. Das Honorar für den Krankenhausarzt wird mit einem Friedensjahresabsatz von 120 Mark festgesetzt, dazu die jeweiligen Beurteilungsabläufe, die von den Organisationen der Krankenkassen und Ärzte vereinbart sind. Die Erhöhung für unsere Gemeindeangehörigen Emilie Hermann und Else Kurz werden von Lohnstufe I nach 8 erhöht, ein Gehalt von 167 000 Mark im Jahre. Wir bitten unsere Parteigenossen recht dringend, nun aber auch ausgiebigen Gebrauch von dieser sozialen Einrichtung zu machen. Die Verpflichtungsliste für das Kranken- und Fürsorgehaus werden für Mai auf 1200 und für Juni auf 1800 Mark erhöht. Dazu treten für die Kranken für Arzt- und Arzneikosten besondere Zusätzliche, gestaffelte für Einheimische und Auswärtige. Die Erhöhung des Schulgeldes für die Mittelschule auf 16 000 für beide und 20 000 Mark für auswärtige Schüler darf auf Bezug der Regierung erst ab 1. Juli erfolgen. Der Konditor Goethling beachtfügt, auf seinem Grundstück, am Samannenbach gelegen, eine alkoholfreie Konditorei, innerhalb seines Wohnhauses einzurichten. Das auf diesem Grundstück laufende, entgegenstehende Verbot, wird gelöscht. Die Mitteilung des Vorstellers, Genossen Schone, daß die Stadt dem Konsumverein Magdeburg als Mitglied beitreten sei, rief den bürgerlichen Stadtverordneten Lange auf den Plan, der es unverantwortlich findet, daß der Magistrat diesen Schritt getan, denn es sind doch Geschäftsfreunde Steuerzahler und deshalb zu betrüflichen Bürgermeister Weißbach entgegnete, er finde es verständlich, daß der Beitritt zum Konsumverein diesen Widerstand auslöse. Es sei ihm vor Beginn der Versammlung mitgeteilt, daß dieser Punkt eine lebhafte Ausprache hervorrufen werde, was er einfach nicht geglaubt habe. Er halte den Erwart der Mitgliedschaft für eine selbstverständliche Amtspflicht, die schon längst habe erfolgen müssen, denn das sei eine schlechte Verwaltung, die nicht alle Vorteile beim Kauf von Waren bringe. Die segensreiche Entwicklung unserer Volksküche wäre unmöglich gewesen in dem jetzigen Umfang ohne den sehr präzisen Bezug von großen Mengen aus dem Konsumverein, da trotz

Auftrag 1 ein Geschäftsmann im Orte zur Lieferung imstande war. Bürgermeister Genosse Hoffmann ergänzte diese Ausführungen mit dem Hinweis, man solle das Vorurteil, der Verein sei eine politische Genossenschaft, fallen lassen, denn ein Blick in die Mitgliedschaft beweise nur eine wirtschaftliche Vereinigung aller Bevölkerungskreise. —

Kalte. Tödlich verunglückt ist Montag nachmittag der Landwirt Otto Steffen. Er war auf der Badezeit Chaussee mit Riesfahnen beschäftigt und wurde beim Überfahren der Gleise von einer herannahenden Schnellzuglokomotive (Viertschmalschine) überfahren und so schwer verletzt, daß der Tod bald eintrat. Während der Wagen zertrümmerkt wurde, blieben die Pferde unverletzt. —

Staßfurt. Bezirksjägerfest des Harzgau's. Trotz des trübem Wetters waren 300 Sangesbrüder und -schwestern aus dem Harzgau erschienen. Als morgens 10 Uhr die ersten Jäger erschienen, erstrahlte heller Sonnenchein. War das Freiluftfest im allgemeinen als ein Erfolg zu bezeichnen für jeden einzelnen Verein, so hatte man den Kritiker Siegfried Günther doch nicht recht verstanden. Er trat für die große Sache der Musik ein und nicht, wie viele verstanden haben, für Ablehnung des Kampftriebes. Ein Mittelpunkt des Festes lag das Propagandafest auf dem Friedensplatz. Der Bezirksvorstand legte in treiflichen Worten dar, daß die wirtschaftliche Not auch ein Hemmnis in der Sängerbewegung ist. Herborghoben wurde noch, daß der Beisammensein Altona sein 60jähriges Bestehen feiern könnte. Ein Hoch auf die deutsche Arbeitersänger-Bewegung stimmte man begeistert ein. Nach Beendigung dieses Propagandafestes marschierten die Sangesbrüder und -schwestern nach dem Lokal zurück und frohe Stunden verlebten sie noch bei einem Konzert und Ball. —

Staßfurt. In einer gut besuchten öffentlichen Versammlung sprach Genosse Bade über die Ursachen unserer Not. Seit 9 Jahren lebt das Proletariat in Not und trocken sind Panne an der Arbeit das Blut des deutschen Proletariats auszusaugen. Nur wenn die Arbeiter erkennen, daß nur ein geiistes Proletariat innerhalb einer Organisation gegen das national und internationale vereinigte Kapital ankämpfen kann, wird es besser werden. Er wünschte, daß auch bald in Staßfurt die Masse der Arbeiterschaft im geschlossenen Handeln eintrige werde. In der Diskussion sprach Ballek, Kommunist, und betonte, daß auch sie eine Einigung herbeisehen, nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt. Wenn das Europäische System des Proletariats nicht mehr erröhren kann, so müsse eine andre Regierung eingesetzt werden, und das sei die proletarische Regierung. Staßfurt mußte in seinen Ausführungen dem Referenten durchweg beipflichten. Am Schlusswort sonnte Bader feststellen, daß wir in vielem einig sind, nur noch nicht über den Weg. Da sagen wir: den Weg der Entwicklung, den Weg der Demokratie müssen wir gehen. Was für Russland möglich war und doch nicht ging wie es sollte, geht in Deutschland gar nicht. —

Stadtteil Aschersleben.

Aschersleben. Eine öffentliche Volksversammlung, die sich mit der Aufruffrage beschäftigt, findet diesen Donnerstag, abends 8 Uhr, im "Kaisersaal" statt. Den Vortag hält Landtagsabgeordneter Genosse Otter (Bochum). Um regen Besuch der Versammlung wird gebeten. — Ein Austräger für die "Volksstimme" wird gesucht. Meldungen sind baldigst beim Genossen Bödele, Freiberg-vom-Stein-Straße 6, anzubringen. — An Erwerbslosenunterstützung sind im Mai über 44½ Millionen Mark ausgegeben worden. Davon entfallen auf Pöllerwerblosen 18½ Millionen Mark. Es erhielten 263 männliche und 25 weibliche Erwerblose mit 190 Familienangehörigen für 7240 Unterstützungsstage die Fürsorge. Von Vollwerblosen wurden 79 Anträge gestellt, von denen 12 abgelehnt wurden. In 3 Fällen wurde die Unterstützung eingestellt, weil nachgewiesene Arbeit nicht angenommen wurde. Von den Unterstützten waren 96 verheiratet, verheiratet 5 Männer und 9 Frauen, ledig 162 männliche und 16 weibliche Personen. In rund 1000 Kurzarbeiter wurden 29½ Millionen Mark Unterstützung gezahlt. Nach neuer Bestimmung des Reichsarbeitsministers hat die Kurzarbeiterunterstützung eine kleine Einschränkung erfahren. Es ist als Unterstützung niemals mehr zu zahlen als ein Betrag, der zusammen mit dem verbleibenden Verdienst des Kurzarbeiters dessen Nettoverdienst bei voller Beschäftigung, also seinem Verdienst nach Abzug der Einkommensteuer und der sozialen Abzüge erreicht. — Die Preise für elektrischen Strom und Gas sind abermals erhöht worden. Es kostet der Strom für Licht 2000 Mark, für Kraft 1750 Mark je Kilowattstunde, für Gas 1260 Mark je Kubikmeter, die Gasminze 450 Mark. Gasautomaten werden immer noch häufig mißbräuchlich benutzt. Es ist daher eine hohe Strafe dafür angedroht worden. —

Altmark.

Weserlingen. Gewerkschaftsfest und Zugrundereffen. Das am 17. Juni stattfindende Gewerkschaftsfest und Zugrundereffen fängt nach Größe an, dem bietigen Bürgerum auf die Nerven zu fallen. Gerüchte aller Art werden jetzt ausgesprochen, u. a.: das Gewerkschaftsfest würde verboten werden, der Zugrundereff nicht stattfinden, usw. Am gleichen Tag ist das Schützenfest oder, wie der Weserlinger Ausziger schreibt, "das alte beliebte Volksfest". Das stimmt; denn die alten Traditionen werden bei diesem "Volksfest" gepflegt. Traditionen, die durchaus nicht in den Geist der heutigen Zeit hineinpassen. Die werktätige Bevölkerung war es bis jetzt, die dem Schützenfest das Gepräge eines Volksfestes gaben. Die Arbeiterschaft Weserlingens wird an diesem Tage zu entscheiden haben, ob sie weit ist, zu dem großen Volksfest der Arbeiterschaft teilzunehmen. Gählt euch als Klasse; es gilt den Geist der Zusammengehörigkeit, der Solidarität zu pflegen und zu fördern. Ihr habt mit dem Bürgerum nichts gemein, es sind eure Kämpfengegner. Merdet das Schützenfest. Der Stendaler Prozeß hat bewiesen, daß ihr jetzt nichts zu jucken habt. Die Parole am Sonntag muß heißen: Auf zum Gewerkschaftsfest! In Verbindung hiermit veranstaltet der neugegründete Arbeiterjugendverein ein Jugendtreffen, um als junges Glied mit der Altmark-Arbeiterjugend das Band der Zusammengehörigkeit zu knüpfen. Zeigt durch euren Aufmarsch, durch eure Darbietungen, was sozialistische Jugendbewegung bedeutet. Der Umzug beginnt mittags 1 Uhr. Die Aufstellung der Jugend- und Arbeitervereine geht auf dem Marktplatz vor sich. Die Arbeiter- und Jugendvereine der näheren und weiteren Umgebung seien hiermit nochmals herzlich eingeladen. —

Kleine Chronik.

Gestohlene Millionen in der Bar verkündet. Das Sächsische Landgericht Leipzig verurteilte den Gastwirt Imroth wegen Schlägerei zu 420 000 Mark Geldstrafe, weil er geduldet hatte, daß der neunjährige Kürschner B. der seinem Vater 60 thüringische Kronen, 25 thüringische Gulden und 500 000 Mark gestohlen hatte, dieses Geld innerhalb 14 Tagen in der Bar des Angeklagten verbrachte. Der Angeklagte behauptet, nichts von dem Diebstahl gewußt zu haben. Da aber B. der Frau und Tochter des Imroth kostspielige Geschenke gemacht und in den ganzen 14 Tagen aus der Bar überhaupt nicht herausgekommen ist, nahm das Gericht bei dem Angeklagten Schlägerei als erwiesen an. —

Milliardensteuerabnahmen an Öffentliches Grenze. In Endtuhnen sind Zollhinterziehungen derartiger Grenze aufgetreten, die immer größere Kreise ziehen. Bis jetzt sind insgesamt neun Personen in das Stalupöhl Amtsgerichtsgesetz eingeliefert worden. Es wird ihnen zur Last gelegt, Waren ins Ausland verschoben und das Zollgeld dafür in ihre eigene Tasche gesteckt zu haben. Dem Staat sind so Milliardensummen entgangen. Die Haushaltungen wurden von zwanzig Berliner Beamten ausgeführt. —

Urteil gegen Posträuber. Zu später Abendstunde wurde das Urteil gegen die Verbrecher gefällt, die in Berlin mit M. und Revolver das Postamt N 54 in der Lohbrink-Straße aufgeraubt hatten. Mit Rücksicht auf die Gemeinfähigkeit des Raubes verurteilte das Gericht den Hauptangestellten Hugo G. zu neun Jahren Zuchthaus, Reste zu 6 Jahren Zuchthaus wegen schweren Raubes, die übrigen Angeklagten kamen mit mehr oder weniger hohen Gefängnisstrafen davon. Freigesprochen wurden fünf Angeklagte. —

Der Tod im Brunnenhacht. In der Ortschaft Pöhl stieg der Landwirt Lautenschläger, um den in einen Ziehbrunn roteten Haushalt herauszuholen, in den Brunnenhacht und setzte sich zur Ruh. Eine 20jährige, jungverheiratete Tochter hielt das Teil. Durch eine zerbrochene Sprosse der Leit, rutschte Lautenschläger ab und riß seine Tochter in den Sch. Et. die auf einen Querbalken aufschlug und in die Tiefe stürzte, wo sie ertrank. Der Vater wurde von Nachbarn aus seiner furchtblichen Lage befreit. —

Volksport.

Mitteilungen der Sportvereine.

Fußball. Eintracht Magdeburg-Süd Lemnisdorf gegen Weißfloss Schnebed. 1. Genannte Mannschaften stellten sich am Donnerstag den 14. Juni auf dem Platz 3 gegenüber. Anfang 8½ Uhr. —

Vereins-Kalender.

Wird nur gegen Vorauszahlung, die Zelle 420-00 Mark, aufgenommen.

Verband der Bützler. Am Donnerstag den 14. Juni nachmittags 5 Uhr.

Veranstaltung Faßlachberg, Bau 11, 3. Stock. —

Arbeiter-Rathskreis. Ab 18 Uhr bei Koppehls Rathskreis. —

Wolmirstedt. Zentralverband der Angestellten. Donnerstag den 14. Juni abends 8 Uhr, außerordentliche Generalversammlung im Rathskeller. —

Burg. Zentralverband der Schuhmacher. Am Sonnabend den 16. Juni abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus. —

Warenmärkte.

Magdeburger Biermarkt.

Magdeburg. 12. Juni. Auf dem kleinen städtischen Schieß und Viehhof wurden aufgetrieben: 541 Kinder, und zwar 117 Jungen, 319 Mädchen und 94 Weiber, 52 Freier, 438 Hälften, 367 Schäfchen, usw., 1120 Schweine. — Bezahlbar wurde für 100 Pfund Lebendgewicht: 1. Kinder. a. Ossen: a) volleschwere, ausgemästete, höchste Schießschäfchen, die noch nicht gesogen haben (maximal 550000—580000 Mark), b) vollfleischige ausgemästete ältere 470000—470000 Mark, b. Büffel: a) volleschwere, ausgemästete ältere 450000—490000 Mark, c) mittig genährt junge 450000—490000 Mark, c. C. Färsen und Kühe: a) vollfleischige ausgemästete ältere 450000—490000 Mark, b. Kühe ausgemästete Kühe 520000—580000 Mark, b. b) vollfleischige ausgemästete Kühe höchste Schießschäfchen bis zu 7 Jahren 520000—580000 Mark, c) ältere ausgemästete Kühe 420000—520000 Mark, d) niedrig genährt Kühe und Kühen 390000—420000 Mark, e) geringe genährt Kühe und Kühen 300000—380000 Mark, f. Geringe genährt Kühe 620000—620000 Mark, g. mittig genährt Kühe und Kühen Saugfäßler 500000—580000 Mark, h. geringe genährt Saugfäßler 380000—420000 Mark, i. Ställe: a) Ställe mit Saugfäßler 500000—520000 Mark, h. ältere Mastkämme, geringere Mastkämme und auf genährt junge Schafe 350000—490000 Mark, i. geringe genährt Schafe und Schafschäfchen 250000—380000 Mark, b. Weidemast 420000—450000 Mark, c) geringe Schafe und Schafschäfchen 115000—145000 Mark, d) Leidkämme — Mark, e) geringe Schafe und Schafschäfchen 105000—110000 Mark, f. Leidbohnen 115000—120000 Mark, g) Leidbohnen 105000—110000 Mark, h) Leidbohnen 105000—110000 Mark, i) Leidbohnen 105000—110000 Mark, j. Leidbohnen 105000—110000 Mark, k) Leidbohnen 105000—110000 Mark, l) Leidbohnen 105000—110000 Mark, m) Leidbohnen 105000—110000 Mark, n) Leidbohnen 105000—110000 Mark, o) Leidbohnen 105000—110000 Mark, p) Leidbohnen 105000—110000 Mark, q) Leidbohnen 105000—110000 Mark, r) Leidbohnen 105000—110000 Mark, s) Leidbohnen 105000—110000 Mark, t) Leidbohnen 105000—110000 Mark, u) Leidbohnen 105000—110000 Mark, v) Leidbohnen 105000—110000 Mark, w) Leidbohnen 105000—110000 Mark, x) Leidbohnen 105000—110000 Mark, y) Leidbohnen 105000—110000 Mark, z) Leidbohnen 105000—110000 Mark, aa) Leidbohnen 105000—110000 Mark, bb) Leidbohnen 105000—110000 Mark, cc) Leidbohnen 105000—110000 Mark, dd) Leidbohnen 105000—110000 Mark, ee) Leidbohnen 105000—110000 Mark, ff) Leidbohnen 105000—110000 Mark, gg) Leidbohnen 105000—110000 Mark, hh) Leidbohnen 10500

Säcke

aller Art, auch ausrangierte, Sacklumpen und sämtliche Emballagen
kaufen zu höchsten Preisen

Persönliche Uebernahme auch kleinster Posten an allen Orten.

Gebr. Arit, Sackgroßhandlung,
Fabrikenstraße 10 G. m. b. H. Fernsprecher 4805
— Eigene Reparatur- und Reinigungs-Anstalt.

Gebr. Müller

Magdeburg Biederitz

Neustädter Str. 42 Mühlenstr. Nr. 10
Fernruf 3517 Fernruf 66

Ständiger Ankauf

sämtlicher
Rohprodukte — Alteisen
Metalle

Gemeinnützige
Gold-Ankaufsstelle
des
Wohlfahrtsamts
Magdeburg
Neuer Weg 1/2

Ankauf von
Gold, Silber, Platin
-Bruch und -Gegenständen
Kostenlose Beratung i. getrennt. Räumen
Geöffnet von 9 bis 6 Uhr

Keine Treppen zu steigen!
Für Gold und Silber-Bruch
zahlen die höchsten Preise
S. Locher & Co., Lödischehofstraße 1
Eingang Drehenzelstraße Telefon 3687
Keine Treppen zu steigen!

Emil Pohl Kupferhauerstr. 77/78
Fernruf 8206

Ständiger Ankauf sämtlicher Rohprodukten,
Alteisen, Metalle — Höchste Tagespreise
Händler Vorzugspreise — Christl. Geschäft

Anzug-Stoffe moderne Farben
Arbeiter-Bekleidung
kaufen Sie am billigsten bei
E. Pressler, Jakobstr. 7 Ecke
Petersberg
Billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

S. Bormann & Co.
Magdeburg, Altes Fischerufer 15
Fernruf 7388

Metalle — Edelmetalle — Eisen

Ankaufs-Kontor
für
Edelmetalle aller Art
Petersstraße 2 **Laufer** Fernruf 4136
Aeltestes Geschäft am Platze

Granatschmuck siehe vor Rückseite nächster
Edelmetalle • Brillanten
kauft, um die Ware zu verwenden
F. Streubel, Schloßstr. 29, Am 3 Treppen
Elektrohandlung, eigene Schleifer, elektrischer Betrieb

J. Weintraub
Industrie 14, Eingang Vogelsäßt.
Fernsprecher 3122
Ankauf von
Rohprodukten
aller Art zu höchsten Tagespreisen

Fritz Fricke
19 Neustädter Straße 19
Rohprodukte jeder Art
— Beste Preise —

Reserviert für

Magdeburger Abfallsammlung

G. m. b. H. — Große Münzstraße 13

Kaufe laufend

Gold

Silber, Platin-Bruch
Dublee, Brillanten
und Ferngläser

Apter

Braunehirschstr. 13.
Fernsprecher 9060.

Hebecker, Pinoff & Co., G. m. b. H.
Fernspr. 9195 Nutzholzhandlung — Magdeburg Fernspr. 9195
Kiefern-, Fichten- und Tannen-Schnittmaterial

Juwelen u. Edelmetall

kauft ständig zu reellen Tagespreisen

Gustav Wolff

Goldschmiedemeister

Breiteweg 64, gegenüber Café Hohenzollern

Reserviert für

Max Obeck, Juwelier

Magdeburg, Breiteweg 80/81

Luxussteuerfreier Ankauf
von Bruch u. Gegenständen aus

Gold Silber Platin

Alte Gebisse
Goldene Uhren, Dublee

Fr. Buckhausen

Edelmetallhandlung
Laden im Rathause
Alter Markt
gegenüber Kaiser-Otto-Denkmal
Legitimation erforderlich.
Versäumen Sie nicht, mein Gebot
einzuhören.

Rosenberg's Möbelhaus

MAGDEBURG
Katharinenstraße 8

Ohne Gewähr E-Seite Musterschutz

Geschäftliche Rundschau mit Dauerfahrplan

Abfahrt der Züge vom Hauptbahnhof Magdeburg:

Branschweig-Hannover (V): 12 ¹² (D), 12 ²² (D), 5 ²⁰ , 9 ²⁴ , 12 ²² (D), 1 ²⁶ , 3 ¹² (D), 3 ²⁴ , 6 ¹² (D), 7 ¹⁴ , 3 ¹² (D).	Köthen (II): 12 ⁰⁵ , Groß-Salze-Elmen (II): 5 ⁴⁰ (W), 6 ⁵⁵ (W), 12 ¹⁸ (W), 14 ⁵ (W), 2 ³⁵ (S), 4 ¹⁵ (W), 9 ³⁰ .
Braunschweig-Hameln (V): 12 ²² (D), 3 ¹² (D).	Förderstedt (II): 3 ⁵⁹ (W).
Braunschweig-Seesen (V): 2 ⁰⁵ , Braunschweig (V): 9 ¹⁰ (Ex.), 1 ²⁵ , 1 ²² (D).	Güsten-Erfurt (II): 3 ¹⁵ , 7 ⁴⁰ , 1 ²⁴⁰ , 4 ³⁵ .
Eilsleben (V): 4 ⁴⁰ (W), 11 ²⁰ , Berlin (IV): 4 ²⁰ , 5 ¹² (D), 6 ⁵⁰ (D), 7 ⁰⁵ (D), 8 ²⁵ , 10 ²⁵ , 11 ⁶ (D), 4 ¹⁰ (D), 5 ⁵ , 5 ⁸ (D), 8 ²² (D), 9 ²⁰ .	Güsten (II): 9 ¹⁵ , 2 ⁵⁰ (W), 6 ²⁰ , 10 ²⁵ .
Burg (IV): 5 ²² (W), 2 ¹⁵ , 4 ²⁵ (W), 6 ⁵ , 11 ²² .	Kreisen-Frankfurt a. M. (III): 1 ²⁶ (D).
Loburg (IV): 7 ²⁵ , 100, 9 ¹² , Zerbst-Leipzig (IV): 5 ²⁰ , 7 ³⁰ (Ex.), 9 ⁰ , 1 ³⁵ , 3 ²⁵ , 7 ²⁵ .	Blumenthal (III): 3 ⁵⁸ (W), 5 ⁴⁷ (W), 7 ³⁰ , 3 ²⁵ , 4 ¹¹ , 6 ¹¹ .
Halle-Leipzig (II): 4 ⁰⁵ , 7 ⁰⁰ (D), 7 ²⁵ , 10 ⁰ , 11 ⁰ (D), 1 ²⁰ , 4 ²⁰ , 6 ²⁰ (D), 7 ²⁰ , 9 ² (D).	Thale (III): 6 ²⁰ , 9 ¹² , 12 ¹⁵ , 3 ³⁸ , 7 ¹⁰ .
Halle-Leipzig (III): 4 ²⁵ , 7 ⁰⁰ (D), 7 ²⁵ , 10 ⁰ , 11 ⁰ (D), 1 ²⁰ , 4 ²⁰ , 6 ²⁰ (D), 7 ²⁰ , 9 ² (D).	Halberstadt-Seesen (III): 9 ⁵⁸ , 1 ²² (D), 11 ²⁰ .
	Wittenberge (I): 5 ⁵³ , 6 ⁴⁸ (D), 6 ¹⁰ , 11 ²⁰ .
	Wolmirstedt (I): 5 ¹⁰ (W), 6 ³⁰ (W), 11 ⁵ , 4 ³⁵ (W).
	Oebisfelde (I): 6 ¹⁵ , 1 ²⁴ , 4 ⁴⁰ , 8 ²² .
	Stendal-Uelzen (I): 9 ²⁴ , 1 ¹⁵ , 3 ²⁷ , 7 ²⁵ (D).
	Nienhaldensleben (I): 3 ²⁵ (W), 12 ¹⁰ .

Ch. Brechner & Co.

Rohprodukte und Metalle — 65 Knochenhauerufer 65

Rucksäcke
Hängematten
Schlafdecken

Mechanische Plan- und Sackfabrik

Carl Winter A.-G.

MAGDEBURG I

Kantstraße 6 (frth. Kronprinzenstr.)

Fernspr. Nr. 8332 u. 1330



S. Freund, Kleine Münzstraße 3

Telephon 7729

kauft stets sämtliche Sorten
Flaschen, Altpapier und Altmetalle zu höchsten Preisen

Bernhard Kesten

— Fernruf 2559 und 9241 —

Alteisen, Altmetalle, Metallrückstände

Kontor und Lager: Weinberg 15, Endelstraße 33/34

Achtung!

Schon wieder erhöhte Preise für sämtliche

Rohprodukte, Metalle und Eisen.

Interessenten wollen sich die neuste Preisliste abholen.

Linial & Blutstein

Kutscherstraße 19 — Telephon 2251.

H. Seiboldt, Magdeburg

Breiteweg 284 Automobile